

# **Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen**



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 11.06.2021  
Tagesordnungspunkt: PB-L Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

## 1 Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

2 Die Klimakrise ist die Existenzfrage unserer Zeit. Daher ist Klimaschutz keine  
3 Zukunftsaufgabe, sondern Klimaschutz ist jetzt. Wenn wir zu Beginn dieses Jahrzehnts  
4 konsequent handeln und die sozial-ökologische Transformation einläuten, können wir die  
5 Klimakatastrophe noch verhindern und zu einer klimagerechten Welt beitragen.  
6 Klimaneutralität ist dabei eine große Chance für höhere Lebensqualität, mehr soziale  
7 Gerechtigkeit und einen klimagerechten Wohlstand. Sie gilt es zu ergreifen.

8 Wir haben in den vergangenen Jahren mit Hitzesommern, Waldsterben, Überschwemmungen  
und  
9 Dürren die Klimakrise bereits zu spüren bekommen. Sie hat dramatische Konsequenzen bei uns  
10 und auf der ganzen Welt: etwa für die Gesundheit der Menschen – und es sind vor allem die  
11 mit den geringsten Einkommen und insbesondere die Menschen im globalen Süden, die den  
Preis  
12 dafür zahlen, dass der ökologische Fußabdruck der Reichsten am größten ist. Oder für die  
13 Bäuer\*innen, denen zunehmend die Grundlage entzogen wird. Und für den Zusammenhalt in  
14 unserer Gesellschaft. Alle diese Folgen werden sich vervielfachen, wenn wir jetzt nicht  
15 umsteuern. Je entschiedener wir handeln, desto mehr Freiheiten und Alternativen sichern wir  
16 für jetzige und künftige Generationen. Wir werden deshalb konsequent den Weg zur  
17 Klimaneutralität gehen.

18 Das verlangt Können, Mut und Machen. Wir stellen in einer künftigen Regierung das Pariser  
19 Klimaabkommen in den Mittelpunkt und richten das Handeln aller Ministerien danach aus. Wir  
20 lenken all unsere Kraft darauf, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die uns auf den 1,5-Grad-  
21 Pfad führen. Klimagerechtigkeit ist eine Frage des politischen Kanons. Wir begreifen es als  
22 unsere Aufgabe, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren Menschen. Solch klare  
23 politische Ordnungsrahmen entlasten auch uns als Menschen im Alltag und schaffen Freiheit.

24 Natürlich bedeutet Klimaneutralität Veränderung, aber diese Veränderung schafft Halt in der  
25 Zukunft. Denn sie bewahrt uns davor, Kippunkte zu überschreiten, und ermöglicht ein  
26 klimagerechtes, ein besseres Leben. Wir bringen deshalb Strom, Wärme, Verkehr und Industrie  
27 zusammen, beenden Energieverschwendung und sorgen so für eine effiziente Verzahnung  
dieser  
28 Bereiche. Statt auf Kohle, Öl und fossilem Gas wird das Energiesystem auf Sonnen- und  
29 Windenergie basieren. Statt an fossilen Verbrennungsmotoren festzuhalten, schaffen wir eine  
30 neue Mobilität mit der Bahn, dem Rad, zu Fuß oder mit emissionsfreien Autos. Statt Öl und  
31 Erdgas wärmt uns künftig die Kraft der Erneuerbaren. Die Zukunft wird damit leiser,  
32 sauberer, gesünder, günstiger und sozial gerechter. Weniger Autos in der Stadt bedeuten mehr  
33 Platz für uns Menschen. Leisere Straßen und saubere Luft dienen besonders jenen, die sich  
34 nicht die Villa am ruhigen Stadtrand leisten können. Mehr Angebote an klima- und

35 umweltfreundlichen Verkehrsmitteln, zum Beispiel Rufbussen oder Carsharing, erleichtern zu  
36 pendeln und befördern ein gutes Leben auf dem Land.

37 Mit dieser großen Veränderung entstehen neue Geschäftsfelder, neue Industriezweige, neue  
38 Arbeitsplätze. Andere Bereiche werden sich wandeln, einige werden verschwinden. Für viele  
39 Menschen ist das auch eine große Herausforderung, ja Zumutung. Die sozial-ökologische  
40 Transformation gelingt nur, wenn wir gemeinsam alles dafür tun, Verluste zu verringern und  
41 Brücken zu bauen. So müssen diejenigen, die neue Chancen oder Weiterbildung brauchen, sie  
42 auch bekommen. Und es ist unsere Aufgabe, Sorge dafür zu tragen, dass die Kosten und  
43 Belastungen dieser Veränderung gerecht verteilt sind. Klimagerechter Wohlstand bedeutet  
44 Ökologie und Soziales zusammenzudenken und den Übergang  
45 gut zu gestalten: für Menschen in der Stadt und auf dem Land. Für die Handwerkerin wie für  
46 den Stahlarbeiter.

47 Der Verlust an intakter Natur und Umwelt ist ebenso dramatisch wie die Klimakrise und eine  
48 der größten Bedrohungen für ein gutes und gesundes Leben. Wenn wir unsere  
Lebensgrundlagen  
49 schützen wollen, wenn wir auch die zweite große ökologische Krise, das Artensterben,  
50 eindämmen wollen, dann bedarf es mehr als einer Kurskorrektur, dann brauchen wir einen  
neuen  
51 Kurs. Wir machen die planetaren Grenzen zum Leitprinzip unserer Politik und tragen so auch  
52 zu mehr Umweltgerechtigkeit bei. Entsprechend verändern wir die Wirtschaftsweise, denn auf  
53 einem endlichen Planeten kann es kein unendliches Wachstum geben. Wir setzen Prioritäten.  
54 Von jetzt an wird belohnt und gefördert, was Mensch und Tier, Klima und Natur schützt. Und  
55 was zerstörerisch wirkt, muss dafür auch die Kosten tragen und so schnell wie möglich  
56 überwunden werden. Indem wir den Schutz der Meere und Gewässer, des Klimas und der  
Böden,  
57 der Tiere und der Pflanzen zum Bestandteil unseres Wirtschafts- und Rechtssystems machen,  
58 kann es gelingen, die Stabilität der Ökosysteme und unserer Lebensgrundlagen zu  
59 gewährleisten. Und damit auch unsere Grundlagen für ein gutes und friedliches  
Zusammenleben.

## 60 **Wir schaffen klimagerechten Wohlstand**

### 61 **Mehr Lebensqualität durch Klimaneutralität**

62 Der Weg in die Klimaneutralität bietet riesige Chancen auf mehr Lebensqualität: Städte mit  
63 weniger Staus und Abgasen, mit Platz, um sicher Rad zu fahren und zu Fuß zu gehen, zu  
64 spielen und zu leben. Dörfer, die endlich angebunden sind an den öffentlichen Nahverkehr.  
65 Wälder, in denen auch unsere Kinder noch die Schönheit der Natur entdecken können.  
Gesundes

66 Essen, hergestellt unter Wahrung von Tierrechten und Umweltschutz. Klimaschutz ist so viel  
67 mehr als reine Technik, er ist die Voraussetzung für ein gesundes Leben auf einer gesunden  
68 Erde.

### 69 **Die Energierevolution: erneuerbar heizen, wohnen, wirtschaften**

70 Klimaneutralität heißt: raus aus den fossilen Energien. Nicht nur der Strom, auch das Benzin  
71 in unseren Autos, das Kerosin im Flugzeugtank, das Schweröl im Schiff, das Öl für die  
72 Heizung und das Gas im Industriebetrieb müssen auf erneuerbare Energien umgestellt werden.

73 Das ist nichts weniger als eine Energierevolution. Dazu braucht es zuallererst eine massive  
74 Ausbauoffensive für die Erneuerbaren, die so schnell wie möglich umgesetzt wird. Daran  
75 hängen die Zukunft unseres Industriestandortes und unsere Versorgungssicherheit. Der  
76 Ausbaupfad wird durch die Kraft und Kapazität von Industrie und Handwerker\*innen beschränkt,  
77 darf aber nicht von den politischen Rahmenbedingungen begrenzt werden. Daher beseitigen wir  
78 in einem kontinuierlichen Prozess bestehende Ausbauhemmnisse – naturverträglich und  
79 zugunsten der Bürger\*innen. Unser Ziel ist ab sofort ein jährlicher Zubau von mindestens 5  
80 bis 6 Gigawatt (GW) Wind an Land, ab Mitte der 20er Jahre von 7 bis 8 GW, bei Wind auf See  
81 wollen wir 35 GW bis 2035. Im Bereich Solarenergie werden wir den Ausbau von beginnend 10  
82 bis 12 GW auf 18 bis 20 GW pro Jahr steigern ab Mitte der 20er. Mit einer umfassenden  
83 Steuer- und Abgabenreform wollen wir dafür sorgen, dass die Sektorenkoppelung vorankommt  
84 und  
85 Strom zu verlässlichen und wettbewerbsfähigen Preisen vorhanden ist. Das Energiemarktdesign  
86 ändern wir, sodass erneuerbarer Strom nicht länger ausgebremst wird. Wir stellen Sonne und  
87 Wind ins Zentrum und ermöglichen es Industrie, Gewerbe und Handel, über flexibleren  
88 Verbrauch besonders viel zur Integration der Erneuerbaren beizutragen. Erzeugungsspitzen  
89 machen wir nach dem Prinzip „nutzen statt abschalten“ für Speicher und die Produktion von  
90 Wärme oder grünem Wasserstoff nutzbar. Doppelte Belastungen und andere Bremsklötze  
91 schaffen  
92 wir ab. Kritische Infrastrukturen sichern wir mit notstromfähigen Solaranlagen. Verteilnetze  
93 und Verbraucher\*innen statten wir mit intelligenter Technik aus, damit sie flexibel  
94 reagieren können, wenn gerade viel erneuerbarer Strom produziert wird.

### 93 **Energieeffizienz - weniger ist mehr**

94 Auch in einer Welt der Erneuerbaren ist Energie ein wertvolles Gut, mit dem wir sparsam und  
95 effizient umgehen müssen. Das gilt umso mehr, solange wir noch Kohle, Öl und fossiles Gas  
96 verbrennen. Unser Ziel sind Gebäude, die gut gedämmt sind, verbrauchsarme Autos, auch wenn  
97 sie elektrisch betrieben werden, effiziente Gewerbe- und Industrieprozesse sowie Weitergabe  
98 und Nutzung von Abwärme. Dafür machen wir klare ordnungsrechtliche Vorgaben.  
99 Strompreisvergünstigungen für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, sollen  
100 an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft werden. Denn je weniger Energie  
101 benötigt wird, desto schneller schaffen wir 100 Prozent Erneuerbare, erreichen die  
102 Klimaziele und sparen Kosten für Energieinfrastruktur. Klimaschutz lohnt sich.

### 103 **Ein Ordnungsrahmen für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft**

104 Wir müssen unsere Wirtschaft auf Klimaneutralität und die planetaren Grenzen ausrichten und  
105 eine Kreislaufwirtschaft etablieren. Den wirtschaftlichen Aufbruch nach der Corona-Krise und  
106 die ökologische Modernisierung wollen wir zusammenbringen. Dazu braucht es eine sozial-  
107 ökologische Neubegründung unserer Marktwirtschaft. Wir wollen mit ehrgeizigen Vorgaben in  
108 Form von Grenzwerten, CO<sub>2</sub>-Reduktionszielen und Produktstandards der deutschen und  
109 europäischen Wirtschaft Planungssicherheit geben und Impulse für neue Investitionen setzen.  
110 Faire Preise sorgen dafür, dass sich klimagerechtes Handeln lohnt. Forschung und  
111 Innovationen für klimagerechtes Wirtschaften wollen wir stärker fördern. Die öffentliche  
112 Beschaffung richten wir konsequent auf die ressourcenschonendsten und sozial verträglichsten

113 Produkte und Dienstleistungen aus. So machen wir unsere Wirtschaft zur Spitzenreiterin bei  
114 den modernsten Technologien und schützen unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

### 115 **Grüne Digitalisierung**

116 Ob vernetzte Fahrzeuge, effiziente Industrie, punktgenaue Verteilung regenerativer Energie  
117 oder intelligente Bewässerung auf Feldern: Mit digitalen und datengetriebenen Innovationen  
118 können wir den Energie- und Ressourcenverbrauch besser reduzieren und bei  
119 Zukunftstechnologien führend werden. Hierzu fördern und priorisieren wir digitale  
120 Anwendungen und Lösungen, die einen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten oder  
nachhaltiger  
121 sind als analoge. Rebound-Effekte gilt es generell zu vermeiden, Suffizienz zu unterstützen.  
122 Wir fördern Alternativen zu kritischen Rohstoffen wie seltene Erden und deren  
123 menschenrechtskonforme Gewinnung. Ausschreibungs- und Beschaffungskriterien sind so  
124 anzupassen, dass möglichst sozial-ökologisch nachhaltige Technologien vorrangig zum Einsatz  
125 kommen. Bei IT-Beschaffungen des Bundes müssen Faktoren wie Herstellerabhängigkeit,  
126 Folgebeschaffung, technische Offenheit, Sicherheit, Datenschutz, Reparaturfähigkeit,  
127 Nachhaltigkeit und soziale Kriterien zwingend in die Bewertungen einfließen und  
128 Zertifizierungen wie der Blaue Engel für IT-Produkte zum Standard werden. Wir wollen alle  
129 Rechen- und Datacenter des Bundes nachhaltig umstellen, mit erneuerbarer Energie betreiben  
130 und zertifizierte umweltfreundliche Hardware einsetzen. Zugleich gilt es, Anreize zu  
131 schaffen, um den Stromverbrauch von Rechenzentren zu reduzieren, einschließlich Umstellung  
132 auf Wasserkühlungssysteme, und CO<sub>2</sub>-neutrale Rechenzentren zu fördern.

### 133 **Neue Arbeitsplätze mit guten Bedingungen**

134 Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik und der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft sind die  
135 beste Chance, bestehende Arbeitsplätze in Deutschland und anderen Ländern zu erhalten und  
136 neue zu schaffen. Die sozial-ökologische Modernisierung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der  
137 hiesigen Unternehmen und kann zu einer Renaissance von Industriearbeitsplätzen führen. Auf  
138 dem Weg zur Klimaneutralität werden in den kommenden Jahren hunderttausende neue Jobs  
139 entstehen – Green Jobs. Sie entstehen im Handwerk und in der Bauwirtschaft, in neuen  
140 Industriebereichen und der Kreislaufwirtschaft, in der Batteriezellenproduktion und der  
141 Wasserstoffindustrie sowie in neuen Dienstleistungsfeldern. Wir wollen, dass die neuen Jobs  
142 nach Möglichkeit einem Tarifvertrag oder mindestens gleichwertigen Bedingungen unterliegen.  
143 Darauf werden wir auch bei der Förderung von neuen Wirtschaftsfeldern achten.

### 144 **Sicher im Wandel mit einem Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld**

145 Wir sehen es als unsere Verpflichtung, Unternehmen und ihre Beschäftigten auf dem Weg hin zu  
146 einem klimaneutralen Wirtschaftssystem zu unterstützen. Gerade auch dort, wo sich Jobprofile  
147 grundlegend verändern oder Arbeitsplätze verloren gehen. Es braucht in der ökologischen  
148 Transformation ein noch viel besseres Angebot an Weiterbildung und Qualifizierung. Dazu  
149 wollen wir ein Recht auf Weiterbildung einführen und mit einem Weiterbildungsgeld auch für  
150 Erwerbstätige in Qualifizierungsphasen eine soziale Absicherung schaffen. Mit einem neuen  
151 Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld ermöglichen wir Unternehmen, in Phasen der Transformation  
152 ihre Beschäftigten im Betrieb zu halten und nachhaltig zu qualifizieren. Die  
153 Qualifizierungs-Kurzarbeit koppeln wir eng an die Sozialpartnerschaft. Zudem wollen wir die

154 betriebliche Mitbestimmung bei Entscheidungen über die ökologische Transformation stärken.  
155 Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräte wissen gemeinsam am besten, wie die  
156 Transformation zu gestalten ist.

### 157 **Transformationsfonds für die Regionen**

158 Die ökologische Modernisierung ist gerade für viele industriell geprägte Regionen eine große  
159 Herausforderung. Um Regionen und insbesondere die dort ansässigen kleinen und mittleren  
160 Unternehmen zu unterstützen, wollen wir regionale Transformationsfonds auflegen. Die  
161 Förderung richtet sich an Unternehmen, die aus eigener Kraft den ökologischen Strukturwandel  
162 nicht bewältigen können, mit ihrem Standort aber fest in der Region verankert sind und dort  
163 bleiben wollen. Regionale Akteur\*innen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und  
164 Gewerkschaften sollen eingebunden werden und gemeinsame Visionen erarbeiten, wo die  
Region  
165 sozial und wirtschaftlich in Zukunft stehen sollte. Gleichzeitig wollen wir neue Formate wie  
166 Reallabore und Experimentierräume fördern, in denen Zivilgesellschaft, Wissenschaft,  
167 Wirtschaft und Kommunen gemeinsam an Lösungen für Herausforderungen vor Ort arbeiten und  
168 forschen.

### 169 **Klimaschutz-Sofortprogramm auflegen**

170 Zentrale Grundlagen unserer Politik sind das Klimaabkommen von Paris sowie der Bericht des  
171 Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit, der verdeutlicht, dass jedes Zehntelgrad zählt, um das  
172 Überschreiten von relevanten Kippunkten im Klimasystem zu verhindern. Es ist daher  
173 notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist unmittelbares und substanzielles  
174 Handeln in den nächsten Jahren entscheidend. Doch aktuell lahmt der Ausbau der erneuerbaren  
175 Energien, der Kohleausstieg kommt zu spät, im Verkehrs- und Gebäudesektor geht es kaum  
176 voran.  
177 Gemäß der Klimaentscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die auch auf den  
178 Sachverständigenrat für Umweltfragen verweist, müssen wir unsere Klimapolitik am  
179 Budgetansatz orientieren. Der Weltklimarat beziffert das globale CO<sub>2</sub>-Budget ab dem Jahr 2018  
180 für das 1,5-Grad-Ziel mit einer 67-prozentigen Wahrscheinlichkeit der Zielerreichung auf 420  
181 Gigatonnen CO<sub>2</sub>. Der Sachverständigenrat hat daraus ein verbleibendes nationales  
182 Kohlenstoffbudget von 6,6 Gigatonnen CO<sub>2</sub> ab 2020 abgeleitet. Bei fortdauernden Emissionen  
183 auf heutigem Niveau wäre das deutsche CO<sub>2</sub>-Budget in weniger als neun Jahren verbraucht, bei  
184 einer linearen Reduktion rund um 2035. Ein längerer Zeitverlauf zur Treibhausgasneutralität  
185 erfordert überproportionale Reduktionserfolge in den nächsten Jahren. Deswegen werden wir  
186 ein Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringen, das in allen Sektoren sofort wirksame  
187 Maßnahmen anstößt, bestehende Ausbauhindernisse beseitigt, naheliegende  
Einsparmöglichkeiten  
188 umsetzt und auch die Klima- und Entwicklungspartnerschaften im Sinne des globalen  
189 Budgetansatzes stärkt. Wir werden das noch immer ungenügende Klimaschutzgesetz  
generationen-  
190 und budgetgerecht nachschärfen, jahres- und sektorenscharf ausbuchstabieren, die Rolle des  
191 Expertenrates für Klimafragen stärken und das deutsche Klimaziel 2030 auf mindestens minus  
192 70 Prozent anheben. Unser Ziel ist es, 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu

193 erreichen.

194 So kann Deutschland in 20 Jahren klimaneutral werden.

### 195 **Klimagerechtes Wirtschaften belohnen**

196 Effektiver und sozial gerechter Klimaschutz muss sich auch ökonomisch lohnen. Derzeit sind  
197 die Kosten der Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO<sub>2</sub> entstehen, nur sehr gering  
198 eingepreist. Nach aktuellen Berechnungen des Umweltbundesamtes verursacht die Emission  
einer

199 Tonne CO<sub>2</sub> Schäden von rund 195 Euro. Unser Ziel ist eine Wirtschaft, in der die  
200 nachhaltigsten Produkte auch die günstigsten sind. Das wollen wir durch einen klugen Mix aus  
201 CO<sub>2</sub>-Preisen, Anreizen und Förderung sowie Ordnungsrecht und Abbau von umweltschädlichen  
202 Subventionen ändern. Wollte man die Klimaziele allein über die Bepreisung von CO<sub>2</sub> erreichen,  
203 würde das unweigerlich zu erheblichen sozialen Unwuchten führen. Einige könnten sich  
204 rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Wir sehen in der CO<sub>2</sub>-Bepreisung also ein Instrument  
205 von vielen – und werden es wirksam und sozial gerecht einsetzen. Das EU-  
206 Emissionshandelssystem (ETS) ist im Lichte des neuen EU-Klimaziels für 2030 zu reformieren,  
207 um seine Lenkungswirkung endlich voll und ganz zu erfüllen. Mit einer deutlichen Reduktion  
208 von Emissionszertifikaten und der Löschung überschüssiger Zertifikate vom Markt erreichen  
209 wir einen CO<sub>2</sub>-Preis im Bereich Strom, Industrie und europäischem Luftverkehr, der dafür  
210 sorgt, dass erneuerbare Energien statt Kohle und Kerosin zum Einsatz kommen, die Industrie  
211 Planungssicherheit bekommt und einen Anreiz hat, in Dekarbonisierung und  
212 Technologieführerschaft zu investieren. Für die Bereiche Verkehr und Wärme wurde in  
213 Deutschland auf Druck der Klimabewegung und von uns Grünen zudem ein CO<sub>2</sub>-Preis  
eingeführt,

214 dessen Lenkungswirkung aber weiter sozial gerecht verbessert werden muss. Wir wollen die  
215 Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Danach soll der CO<sub>2</sub>-Preis  
216 so ansteigen, dass er im Konzert mit den Fördermaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben  
217 die Erreichung des neuen Klimaziels 2030 absichert. Die Einnahmen aus dem nationalen CO<sub>2</sub>-  
218 Preis geben wir als Energiegeld pro Kopf an die Menschen zurück.

### 219 **Energiegeld einführen**

220 Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem nationalen CO<sub>2</sub>-Preis  
221 direkt an die Bürger\*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage  
222 ein Energiegeld an, das jede\*r Bürger\*in erhält. Über das Energiegeld geben wir alle  
223 zusätzlichen Einnahmen transparent an die Menschen zurück und entlasten sie direkt, indem  
224 sie eine Rückerstattung pro Kopf bekommen. So wird klimafreundliches Verhalten belohnt und  
225 es findet ein sozialer Ausgleich im System statt. Unterm Strich werden so  
226 Geringverdiener\*innen und Familien entlastet und vor allem Menschen mit hohem Einkommen  
227 belastet. Beziehende\*innen von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe  
228 profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden  
229 soll. Um zum Beispiel Pendler\*innen mit niedrigem Einkommen bei der Anpassung zu  
230 unterstützen, legen wir einen Klimabonus-Fonds auf, der mit großzügigen Hilfen unterstützt,  
231 etwa beim Umstieg auf Bus und Bahn oder ein emissionsfreies Fahrzeug.

### 232 **CO<sub>2</sub>-Bremse für alle Gesetze**

233 Wir wollen Klimaschutz systematisch in unsere Rechtsordnung aufnehmen. Die Vorgaben des  
234 Pariser Klimavertrages sowie den Atomausstieg wollen wir im Grundgesetz verankern und  
235 Ökologie als weiteres Grundprinzip staatlichen Handelns stärken. Dem Staat geben wir mehr  
236 Möglichkeiten, durch eine intelligente Steuergesetzgebung ressourcenschonendes Verhalten zu  
237 belohnen und die Erzeugung von CO<sub>2</sub> mit einem Preis zu versehen. Für Genehmigungsprozesse  
238 führen wir eine Klimaverträglichkeitsprüfung ein. Mit einer CO<sub>2</sub>-Bremse machen wir  
239 Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe, indem wir Gesetze auf ihre Klimawirkung hin prüfen, die  
240 Vereinbarkeit mit den nationalen Klimaschutzzielen und dem CO<sub>2</sub>- Budget sicherstellen und den  
241 möglichen Einsatz von klimafreundlichen Alternativen gewährleisten.

## 242 **Wir schaffen Versorgungssicherheit mit Erneuerbaren**

### 243 **Schneller raus aus der Kohle**

244 Nach dem Willen der Großen Koalition werden in Deutschland Kohlekraftwerke noch bis 2038  
dem  
245 Klima und unserer Gesundheit schaden. Das ist mit den Klimazielen von Paris und dem 1,5-  
246 Grad-Pfad nicht vereinbar. Wir setzen uns dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu  
247 vollenden. In diesem Sinne werden wir alle Möglichkeiten – auch auf EU-Ebene – nutzen. Um  
248 nicht erneut den Kohlekonzernen Milliarden an Steuergeldern zu schenken, werden wir die  
249 massiven Klimaschäden der Kohleverstromung einpreisen. Das gelingt am besten über den EU-  
250 Emissionshandel – mit einem lenkenden CO<sub>2</sub>-Preis. Sollte dieser auf europäischer Ebene nicht  
251 schnell genug erreicht sein, setzen wir auf einen nationalen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis im ETS für  
252 Industrie und Strom von 60 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>. Ein beschleunigter Kohleausstieg bedarf im  
253 Sinne der Versorgungssicherheit eines massiven Ausbaus der erneuerbaren Energien und einer  
254 Ausrichtung des Energiemarktdesigns auf Sonne und Wind. Zugleich wollen wir für den  
255 Gesundheitsschutz die Grenzwerte für den Ausstoß von Schadstoffen, insbesondere  
Quecksilber,  
256 aus Großfeuerungsanlagen anscharfen. Niemand soll mehr für einen Tagebau sein Zuhause  
257 verlassen müssen. Den durch den Braunkohletagebau Garzweiler von Enteignung und  
Vertreibung  
258 bedrohten Menschen muss das Land Nordrhein-Westfalen endlich Planungs- und  
Rechtssicherheit  
259 für Erhalt und Zukunft ihrer Dörfer geben. Dies wollen wir im Bund mit den richtigen  
260 Rahmenbedingungen unterstützen. Das Bergrecht werden wir grundlegend überarbeiten und  
261 Betroffenenrechte, Umwelt- und Naturschutz stärken. Naturholz ist als Rohstoff vielfältig  
262 einsetzbar und zu wertvoll, um es in Großkraftwerken zu verbrennen.

### 263 **Solardächer zum Standard machen**

264 Wir wollen eine Energiewende, bei der alle mitmachen können – Mieter\*innen wie  
265 Hausbesitzer\*innen. Unsere Dächer, Fassaden und Balkons können zu Kraftwerken werden –  
jede  
266 Fläche mit Solaranlage hilft dem Klimaschutz. Die eigene Strom- und Wärmeenergie wird  
267 dezentral und vor Ort erzeugt und genutzt. Unser Ziel sind 1,5 Millionen neue Solardächer in  
268 den kommenden vier Jahren. Deshalb werden wir Solardächer fördern und zum Standard  
machen.  
269 Beginnend mit Neubauten, öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie Dachsanierungen wollen

wir

270 diesen neuen Standard perspektivisch auf den Bestand ausweiten. Leasing-, Pacht- und  
 271 Contractingmodelle können hier unterstützend wirken. Für besonders erhaltenswerte  
 272 Bausubstanz werden wir Lösungsansätze erarbeiten. Die Mieterstrom-Regeln werden wir  
 deutlich  
 273 vereinfachen und Mieterstromprojekte fördern. Bürokratische Hürden für die Nutzung des  
 274 Stroms vom eigenen Dach wollen wir abbauen, Eigenverbrauch und Direktvermarktung stärken.

### 275 **Photovoltaik auf dem Land**

276 Die Photovoltaik wollen wir nicht nur auf die Dächer, sondern auch in die Fläche bringen,  
 277 indem wir die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern und den Bau  
 278 erleichtern. Der Ausbau soll vorzugsweise auf versiegelten Flächen, etwa über Parkplätzen,  
 279 neben Autobahnen und Schienen und auf Konversions- oder Bergbaufolgeflächen, erfolgen und  
 280 nicht auf wertvollem Ackerland. Neue Flächenkonkurrenzen wollen wir vermeiden und stellen  
 281 den Mehrfachnutzen für Energieerzeugung, Biodiversität und Landwirtschaft in den  
 282 Vordergrund. Agri-Photovoltaikanlagen, d. h. Stromproduktion und landwirtschaftliche bzw.  
 283 gartenbauliche Nutzung auf einer Fläche, können einen wichtigen Beitrag für Klimaschutz und  
 284 Ökologie leisten. Wenn man es richtig anstellt, können Freiflächenanlagen zu Lebensräumen  
 285 werden. Landwirtschaftsbetriebe sollen für ökologische Leistungen Geld erhalten und so  
 286 zusätzliche Erträge erzielen. Wichtig ist zudem die Möglichkeit, direkte langfristige  
 287 Stromlieferverträge abschließen zu können. Bei der Planung gilt es die Bürger\*innen  
 288 frühzeitig einzubeziehen und zu beteiligen, von den Erlösen müssen die Kommunen profitieren.

### 289 **Mit Windenergieausbau den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern**

290 Auch bei der Windkraft müssen wir schneller vorankommen, zum Beispiel indem wir den Ausbau  
 291 außerhalb der Ausschreibungen stärken. Beim Windausbau gilt es den Konflikt mit Natur- und  
 292 Artenschutz zu minimieren, Anwohner\*innen zu schützen und die Verfahren zur Genehmigung,  
 293 auch durch den Abbau bürokratischer Hürden und klare Rahmenbedingungen, zu  
 beschleunigen. In  
 294 einem ersten Schritt wollen wir die erneuerbaren Energien als zwingend für die  
 295 Versorgungssicherheit definieren und dafür 2 Prozent der Fläche bundesweit nutzen. Alle  
 296 Bundesländer haben hierfür ihre entsprechenden Beiträge zu leisten. Verhinderungsplanungen  
 297 lehnen wir ab. Exzessive, pauschale Mindestabstände zu Siedlungen leisten keinen Beitrag zur  
 298 Akzeptanzsteigerung. Wir sorgen mit frühzeitiger Bürger\*innenbeteiligung vor Ort, klaren  
 299 Vorrang- bzw. Eignungsgebieten für Wind sowie mit Ausschlussgebieten und gezielten  
 300 Artenschutzprogrammen für eine anwohner\*innenfreundliche und naturverträgliche  
 Standortwahl  
 301 und stärken zugleich den Schutz von Vögeln und Fledermäusen. Wir werden die Planungen und  
 302 Genehmigungen durch vereinfachte Verfahren, mehr Personal und einheitliche  
 303 Bewertungsmaßstäbe beschleunigen. Repowering wollen wir erleichtern, sodass alte  
 304 Windenergieanlagen am gleichen Standort zügig durch leistungsstärkere ersetzt werden  
 können.  
 305 Über 20 Jahre alten Anlagen werden wir einen Weiterbetrieb ermöglichen. Den Bau von  
 306 Windenergieanlagen auch in direkter Nähe zu Industrie und Gewerbe wollen wir unterstützen,  
 307 um Strom dort zu produzieren, wo er gebraucht wird und wo der Lärmschutz von  
 Anwohner\*innen



308 leichter zu gewährleisten ist. Wir bauen unsere Offshore-Parks weiter aus und verbinden sie  
309 in der Europäischen Energieunion mit den Solarparks der Mittelmeerstaaten, mit der  
310 Wasserkraft Skandinaviens und der Alpen. Je vernetzter, desto stärker. Ein Kontinent ist für  
311 die Energiewende eine gute Größe.

### 312 **Die Bürger\*innen an der Energiewende beteiligen**

313 Wir wollen, dass von der Energiewende möglichst viele profitieren. Deshalb werden wir  
314 Bürger\*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks besonders fördern und alle europarechtlich  
315 garantierten Möglichkeiten für Bürger\*innen-Energiegemeinschaften vollumfänglich  
316 ausschöpfen. Die Kommunen beteiligen wir verbindlich an den Einnahmen aus den  
Erneuerbaren-

317 Anlagen, sodass gerade der ländliche Raum von den Gewinnen profitiert. Zudem wollen wir  
318 Mieterstrom fördern, entbürokratisieren und so weiterentwickeln, dass Mieter\*innen stärker  
319 vom Ausbau der Erneuerbaren profitieren.

### 320 **Unsere Energieinfrastruktur klimaneutral machen**

321 Klimaneutralität in weniger als 30 Jahren heißt, dass die eine fossile Infrastruktur nicht  
322 einfach durch eine andere fossile Infrastruktur ersetzt werden darf. Wir leiten daher den  
323 Einstieg in den Ausstieg aus den Fossilen ein: Die Planung unserer Infrastruktur für Strom,  
324 Wärme und Wasserstoff braucht ein Update und muss Klimaneutralität in den Mittelpunkt  
325 stellen. Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die wir für den Kohleausstieg brauchen,  
326 darf es deshalb überhaupt nur geben, wenn sie aktuell zwingend notwendig sind und bereits  
327 Wasserstoff-ready geplant und gebaut werden. Wir werden die rechtlichen Grundlagen dafür  
328 schaffen, dass neue Betriebsgenehmigungen zeitlich befristet erteilt werden und den Wechsel  
329 von Erdgas zu erneuerbaren Energieträgern enthalten. Denn auch Erdgas ist ein  
330 klimaschädlicher Brennstoff, sein Gebrauch muss immer weiter abnehmen. Die extrem  
331 klimaschädlichen Emissionen, die bei Erdgasförderung und -transport entstehen, wollen wir  
332 schnellstmöglich reduzieren. Neue Hafenterminals zur Anlandung von Flüssigerdgas sollen  
333 nicht mehr genehmigt werden. Neue Erdgas-Pipelines wie Nord Stream 2, die nicht auf grünen  
334 Wasserstoff ausgerichtet sind, zementieren auf Jahrzehnte Abhängigkeiten von  
335 klimaschädlichen Ressourcen, konterkarieren die Energiewende und sollten gestoppt werden.

### 336 **Eine grüne Wasserstoffstrategie**

337 Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, sogenannter grüner Wasserstoff, ist zentral für die  
338 Versorgungssicherheit in einer klimaneutralen Welt. Denn Wasserstoff ist gut speicherbar  
339 und, wenn er mit Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt wird, auch klimafreundlich.  
340 Deutschland ist bei den Technologien zur Erzeugung von Wasserstoff weit vorne. Diese  
341 Führungsrolle wollen wir weiter ausbauen und die entsprechende Infrastruktur dafür schaffen.  
342 Mit Marktanreizen und einem umfassenden Förderprogramm werden wir die Kapazitäten zur  
343 Wasserstoffherstellung in Deutschland schaffen. Auch wenn grüner Wasserstoff prioritär bei  
344 uns produziert werden sollte, werden wir zur Bedarfsdeckung Wasserstoff importieren müssen.  
345 Die Infrastruktur für Wasserstoffimporte müssen wir jetzt etablieren. Für die Importe werden  
346 wir faire Kooperationen mit wind- und sonnenreichen Ländern anstoßen und ausbauen und die  
347 Exportländer bei der Energiewende unterstützen. Für den Erfolg dieser Kooperationen ist es  
348 unabdingbar, die lokale Bevölkerung einzubeziehen, Menschenrechte zu schützen, sich an den  
349 nachhaltigen Entwicklungszielen zu orientieren und dafür auch verbindliche Standards  
350 einzuführen. Damit Wasserstoff zur Klimaneutralität beiträgt, muss er aus erneuerbaren

351 Energien hergestellt werden. Das gilt auch für Wasserstoffimporte. Unser Ziel ist, dass  
352 erneuerbare Energien effizient und wirtschaftlich genutzt und Elektrolyseure systemdienlich  
353 eingesetzt werden. Wasserstoff oder synthetische Kraftstoffe dürfen nicht Teil einer  
354 Verzögerungstaktik sein, sondern sollen aktiv zu Klimaneutralität beitragen. Die direkte  
355 Nutzung von Strom über Batterien oder Wärmepumpen ist in der Regel viel effizienter. Es gilt  
356 daher, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe gerade dort zum Einsatz zu bringen, wo sie  
357 wirklich gebraucht werden: etwa in der Industrie, in der Schifffahrt oder beim Flugverkehr.

### 358 **Einen Markt für Ökostrom schaffen**

359 Die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vor über 20 Jahren war der  
360 Startschuss für die Energiewende in Deutschland, inzwischen sind Sonne und Wind zu den  
361 günstigsten Energiequellen geworden. Doch jetzt, bei einem Erneuerbaren-Anteil von fast 50  
362 Prozent im Strombereich, brauche wir ein Marktdesign, das die Rahmenbedingungen für ein  
363 klimaneutrales Energiesystem richtig setzt: Es sichert den schnellen und günstigen Ausbau  
364 der Erneuerbaren, den wirtschaftlichen Betrieb von Speichern, flexiblen Erzeugern und  
365 Verbrauchern sowie einen ausreichenden Netzausbau. Dafür treiben wir eine grundlegende  
366 Reform des Energierechts voran. Die Sektorenkopplung unterstützen wir, indem die  
367 systemdienliche Nutzung von erneuerbarem Strom gestärkt wird und regionale Unterschiede  
368 berücksichtigt werden. Erste Wind- und große Solaranlagen benötigen bereits heute keine EEG-  
369 Zahlungen mehr, und der Trend zu langfristigen Lieferverträgen zwischen Ökostromerzeugern  
370 und Verbraucher\*innen unterstützt diese Entwicklung. Ebenso sollen Endkund\*innen den Strom  
371 künftig besser direkt von Ökostromerzeugern kaufen können. Das EEG entwickeln wir so von  
372 einem Förder- zu einem Absicherungsinstrument des Erneuerbaren-Ausbaus weiter. Die EEG-  
373 Umlage wird damit langfristig automatisch auslaufen.

### 374 **Netzausbau beschleunigen**

375 Um die Energiewende zum Erfolg führen zu können, müssen wir auch die Netze schneller  
376 ausbauen. Sie sorgen dafür, dass die Energie von dort, wo sie erzeugt wird, so schnell wie  
377 möglich dorthin gelangt, wo sie benötigt wird. Ein kluger Mix aus lokaler Erzeugung,  
378 Speichern und flexiblen Verbrauchern senkt die Kosten und erhöht die Versorgungssicherheit.  
379 Voraussetzung für einen weiteren Netzausbau ist, dass er systemdienlich erfolgt und alle  
380 Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die bestehenden Netze optimal auszunutzen und durch  
381 intelligente Systeme und Speicher zu ergänzen. Wesentlich ist eine frühzeitige  
382 Bürger\*innenbeteiligung. Sie erhöht die Qualität der Planung und trägt nachweislich dazu  
383 bei, dass potenzielle Klagegründe bereits zu Beginn gemeinsam ausgeräumt statt am Ende vor  
384 Gericht geklärt werden. Klar ist auch: Die Erneuerbaren genießen Vorrang im Netz. Da  
385 Stromübertragungsnetze natürliche Monopole und kritische Infrastruktur darstellen, wollen  
386 wir den öffentlichen Einfluss darauf stärken. Dazu wollen wir nach Möglichkeit die  
387 staatlichen Anteile an den vier Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland erhöhen und sie in  
388 eine Bundesnetzgesellschaft in Bundeshand überführen. Wir treiben außerdem eine Reform der  
389 Netzentgelte voran, die die Transparenz stärkt, die Kosten der Energiewende fair verteilt  
390 und eine Benachteiligung ländlicher Regionen – insbesondere im Norden und Osten – bei der  
391 Finanzierung notwendiger Netzausbaukosten beseitigt.

### 392 **Klima-Sanierungsoffensive bei Gebäuden**

393 Es ist höchste Zeit, dass alle Neubauten und Bauwerke inklusive der Baustoffe im gesamten  
394 Lebenszyklus klimaneutral geplant werden und entsprechend umfassende energetische

395 Sanierungen erfolgen. Dreh- und Angelpunkt ist die Festlegung hoher Bau- und  
396 Sanierungsstandards: bei Neubauten KfW 40, was in etwa dem Passivhausstandard entspricht,  
im  
397 Gebäudebestand nach Sanierung KfW 55 – mit Ausnahmen für denkmalgeschützte Gebäude.  
Die KfW-  
398 Förderprogramme werden wir weiterentwickeln, auch in Bezug auf die Verwendung nachhaltiger  
399 Baustoffe. Für die Aussöhnung von Baukultur und energetischer Sanierung wollen wir klare  
400 Regelungen schaffen, die beiden Zielen angemessen sind. Die Sanierungsquote muss sehr  
401 schnell verdoppelt und weiter gesteigert werden. Der Einsatz von serieller Sanierung kann  
402 hier ein Weg sein. Die öffentliche Hand muss mit ihren Gebäuden als Vorbild vorangehen. Für  
403 den Bestand muss gelten: Bei jedem Eigentümerwechsel muss ein Sanierungsfahrplan  
vorgelegt  
404 werden. Bei der Umsetzung des Sanierungsfahrplans können Förderprogramme unterstützend  
405 wirken. Wenn im Gebäudebestand ein Heizungs austausch ansteht oder umfassend saniert wird,  
406 aber auch im Neubau, sollen, wo möglich, ausschließlich erneuerbare Wärmequellen zum  
Einsatz  
407 kommen. Wir legen dazu ein Investitionsprogramm für zwei Millionen hocheffiziente  
408 Wärmepumpen bis 2025 auf. Auch die Fern- und Nahwärme wollen wir dekarbonisieren und  
richten  
409 die Förderung an klimaneutralen Lösungen aus. Für die Energieeffizienz ist es maßgeblich,  
410 von der Einzelbeheizung weg und hin zu verknüpften Systemen zu kommen, in denen aus  
411 verschiedenen Erneuerbaren-Quellen wie Abwärme, Geo- oder Solarthermie Wärme eingespeist  
und  
412 gespeichert wird. Dabei werden wir auch Industrie und Wirtschaft in die Wärmesysteme  
413 einbinden. Solche verbundenen klimaneutralen Energiesysteme werden wir fördern, besonders  
in  
414 städtischen Gebieten.

#### 415 **Wärmewende fair gestalten**

416 Die Wärmewende muss mit wirksamem Mieter\*innenschutz und gezielter Förderung  
einhergehen.  
417 Wir wollen mit dem sogenannten Drittelmodell die Kosten für klimafreundliche  
418 Modernisierungen fair zwischen Vermieter\*innen, Staat und Mieter\*innen verteilen, sodass sie  
419 für alle bezahlbar und für die Vermieter\*innen angemessen wirtschaftlich werden. Die  
420 Modernisierungsumlage wollen wir strikt begrenzen, damit Kosten nicht einfach auf die  
421 Mieter\*innen abgewälzt werden können. Mit einem Zuschuss zum Wohngeld, dem  
Klimawohngeld,  
422 ermöglichen wir auch Empfänger\*innen von Wohngeld, in klimafreundlichen Wohnungen zu  
leben.  
423 Bei der CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Wärmebereich erreichen wir Lenkungswirkung, wenn diejenigen  
dafür  
424 aufkommen, die die Klima-Investitionen auch tätigen: die Hauseigentümer\*innen. Denn sie sind  
425 es, die etwas am Zustand der Gebäude und der Wärmeversorgung ändern können, während sie  
426 zugleich von der Wertsteigerung durch die Modernisierung profitieren. Für Kommunen sollen  
427 regionale Wärme- und Energie- sowie integrierte Quartiersplanungen verbindlich gelten. Dabei  
428 unterstützen wir durch das Aktionsprogramm Faire Wärme mit Steuervergünstigungen,

429 kostenloser Beratung und zielgerichteten Förderprogrammen den Umbau hin zu einer  
430 klimaneutralen Wärmeversorgung.

### 431 **Atomausstieg vollenden - Endlagersuche zum Erfolg führen**

432 Atomkraft ist nicht geeignet, die Klimakrise zu bekämpfen. Wir werden den Atomausstieg in  
433 Deutschland vollenden. Doch obwohl Atomkraft eine Hochrisikotechnologie ist, wird bei uns  
434 immer noch Uran angereichert, werden Brennstäbe hergestellt und exportiert. Unser Ziel ist  
435 es, die Atomfabriken in Gronau und Lingen schnellstmöglich zu schließen. Der Betrieb des  
436 Forschungsreaktors Garching mit hochangereichertem Uran gehört beendet. Zum Erbe der  
437 Atomenergienutzung gehört die Endlagersuche. Wir bekennen uns zum verabredeten Pfad der  
438 Standortsuche mit höchsten Sicherheitsstandards bei größtmöglicher Transparenz und  
439 Beteiligung der Bevölkerung. Der Rückbau der bestehenden Atomkraftwerke muss schleunigst  
und  
440 ohne Zeitverzögerung auf höchstem Sicherheitsniveau erfolgen. Auch hier gilt, dass wir mit  
441 diesen Altlasten nicht die nachfolgenden Generationen belasten dürfen. Voraussetzung dafür  
442 ist eine Zwischen- und Endlagerung von schwach-, mittel- und vor allem von hochradioaktivem  
443 Abfall bei höchsten Sicherheitsstandards. Dafür ist ein Gesamtkonzept Voraussetzung. Vor  
444 allem die Sicherheit gegen Terroranschläge muss gewährleistet sein, da die Zwischenlager  
445 noch lange Zeit benötigt werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Lagerung und die  
446 Transporte streng überwacht werden. Auch in der EU wollen wir den Einstieg in den Ausstieg  
447 vorantreiben. Wir setzen uns für eine Reform von Euratom, gegen die weitere Privilegierung  
448 oder neue Förderungen der Atomkraft, und für verbindliche Sicherheitsstandards aller  
449 Atomanlagen in Europa ein. So können alte und unsichere Reaktoren an Deutschlands Grenzen  
450 schnell vom Netz genommen werden. Einspruchsmöglichkeiten bei Neubau oder  
451 Laufzeitverlängerung von Atomanlagen in Europa wollen wir ausschöpfen und aus der  
452 gemeinsamen Haftung der Staaten für Atomunfälle aussteigen.

### 453 **Wir sorgen für nachhaltige Mobilität**

#### 454 **Der Mobilitätswende eine Grundlage geben**

455 Der Weg zur Klimaneutralität erfordert, unsere Mobilität im 21. Jahrhundert grundlegend neu  
456 zu denken. Darin liegt eine große Chance: Städte und Dörfer mit mehr Lebensqualität,  
457 Mobilität ohne Klimazerstörung, ohne Staus und Verkehrstote, mehr Freiheit, Teilhabe und  
458 Wohlstand sind möglich. Mit einem Bundesmobilitätsgesetz wollen wir eine neue Grundlage für  
459 die Verkehrspolitik und -gesetzgebung schaffen. Statt eines Verkehrsmittels, des Autos,  
460 stellen wir den Menschen und seine vielfältigsten Bedürfnisse in den Mittelpunkt, vor allem  
461 die der Verletzlichsten in unserer Gesellschaft, also der Kinder, Jugendlichen, Senior\*innen  
462 und Menschen mit Handicaps. Mobilitätspolitik wird konsequent an den Mobilitätsbedürfnissen  
463 der Menschen, an Sicherheit, Klimaschutz, Verkehrsvermeidung, Flächengerechtigkeit,  
464 Lärmschutz und Luftqualität, sozialer Teilhabe und Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet.  
465 Statt wie seit Jahrzehnten einen Verkehrsträger einseitig zu bevorzugen, sorgen wir für eine  
466 faire Balance – mit einer starken Bahn, einem modernen ÖPNV und besten Bedingungen für  
467 Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen. Die Mobilitätswende braucht nicht nur eine bessere  
468 gesetzliche Grundlage, sondern auch eine Beschleunigung in der Umsetzung. Dazu wollen wir  
469 eine umfassende Ausbildungs- und Forschungsoffensive starten.

#### 470 **Investitionen für starke Bahnen**

471 Eine leistungsfähige, verlässliche Bahn ist das Rückgrat einer nachhaltigen Verkehrswende.  
472 Wir wollen den Deutschlandtakt weiterentwickeln und realisieren, um den Menschen mit mehr,  
473 resilienteren und besser aufeinander abgestimmten Bahnangeboten in Stadt und Land  
attraktive  
474 und für alle bezahlbare Mobilitätsangebote zu machen. Dafür wollen wir alle deutschen  
475 Großstädte regelmäßig an den Fernverkehr anbinden, die Takte im Regionalverkehr verdichten  
476 und den Zugverkehr wieder stärker in die Fläche bringen. Stillgelegte Bahnstrecken wollen  
477 wir schnellstmöglich reaktivieren. Ergänzen wollen wir diese Angebote durch schnelle  
478 Sprinterzüge und Nachtzüge, die alle großen europäischen Metropolen bezahlbar miteinander  
479 verbinden. Lücken und Engpässe sowohl im innerdeutschen als auch im grenzüberschreitenden  
480 Schienennetz sowie in den Bahnknoten wollen wir schließen. Den Aus- und Neubau, die  
481 Elektrifizierung und Digitalisierung des Netzes treiben wir zügig voran. Die bundeseigene  
482 Infrastruktur wollen wir vom Druck, Gewinne erzielen zu müssen, und von der chronischen  
483 Unterfinanzierung befreien und dafür entsprechende Strukturen schaffen. Wir wollen 100  
484 Milliarden Euro, verteilt auf die Jahre bis 2035, zusätzlich in Schienennetz und Bahnhöfe  
485 investieren und im Zusammenwirken mit den Ländern die Regionalisierungsmittel  
zweckgebunden  
486 noch einmal erhöhen, sodass sich die Pro-Kopf-Investitionen an das europäische Niveau  
487 angleichen. Um die Investitionen langfristig und zuverlässig zu finanzieren, schaffen wir  
488 einen Infrastrukturfonds, der sich auch aus Einnahmen aus der Lkw-Maut speist. Die  
489 Trassenpreise wollen wir deutlich senken, um Anreize für Verkehrsverlagerungen auf die  
490 Schiene zu verstärken. Bahnhöfe wollen wir zu modernen, barrierefreien Mobilitätsstationen  
491 aufwerten. Die Kombination von Bahn mit dem Fahrrad- und Busverkehr wird dadurch deutlich  
492 verbessert, dazu sollen auch die Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder im Zug erweitert  
493 werden. Den Lärmschutz auch an dichtbefahrenen Bestandsstrecken verstärken wir,  
494 Barrierefreiheit der Bahn wollen wir in zehn Jahren erreichen. Wir sorgen dafür, dass  
495 Bahnfahren für alle  
496 bezahlbar ist. Gerade junge Menschen in Ausbildung oder Studium wollen wir bei  
497 klimafreundlicher und  
498 bezahlbarer Mobilität besonders unterstützen. Wir wollen, dass in Zukunft auch alle  
499 Freiwilligendienstleistende wie Soldat\*innen kostenfrei mit der Deutschen Bahn fahren  
500 dürfen. Den Deutsche-Bahn-Konzern wollen wir transparenter und effizienter machen und auf  
501 das Kerngeschäft ausrichten, die Eisenbahn in Deutschland und im benachbarten europäischen  
502 Ausland. Wir setzen auf starke Verlagerungen von Straßen- und Flugverkehr auf die Schiene.  
503 Mit uns wird die Bahnbranche ein noch stärker wachsender Jobmotor mit sicheren  
504 Arbeitsplätzen.

## 505 **ÖPNV ausbauen**

506 Busse und Bahnen sind für alle da, bieten preiswerte Mobilität und verringern den  
507 Autoverkehr. Wir wollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln. Dazu muss der  
508 öffentliche Personennahverkehr attraktiver, innovativer und vollständig barrierefrei werden.  
509 Wir wollen den ÖPNV zudem besser verknüpfen – vom Fernverkehrsnetz bis hin zu Bike & Ride –  
510 und regionale Kooperationen stärken. Zusammen mit den Ländern werden wir eine Zukunfts-  
und  
511 Ausbauoffensive starten, durch eine Mobilitätsgarantie flächendeckende Anbindungen schaffen,  
512 Investitionen in Fahrzeuge und das ÖPNV-Netz erhöhen und Finanzierungsinstrumente wie das  
513 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und die Regionalisierungsmittel für diese Ziele

514 ausbauen.

515 Den Einsatz von emissionsfreien Bussen wollen wir durch ansteigende Quoten und durch  
516 attraktive Förderung für die Kommunen vorantreiben sowie, wo möglich, vorrangig den Ausbau  
517 und die Reaktivierung von Straßenbahnen unterstützen. Mobilität darf nicht vom Geldbeutel  
518 abhängen: Länder, Kommunen und Verbünde wollen wir dabei unterstützen, attraktive  
519 Preisangebote bis hin zu ticketlosem ÖPNV zu machen und neue Finanzierungsquellen wie eine  
520 Umlagefinanzierung zu erschließen.

## 521 **Deutschland wird Fahrradland und stärkt die Fußgänger\*innen**

522 Das Fahrrad hat für die Mobilitätswende riesiges Potenzial. Bereits jetzt boomt die  
523 Fahrradindustrie und schafft Arbeitsplätze. Um diese Potenziale auszuschöpfen, wollen wir  
524 Deutschland zum Fahrradland machen. Radfahren muss sicher und attraktiv sein – überall.  
525 Radwege in Städten, Pendelstrecken oder Verbindungen von Dorf zu Dorf wie auch touristische  
526 Radwege sollen sich durch hohe Qualität und hohe Sicherheitsstandards, wie eine separierte  
527 Radinfrastruktur, sowie eine gute Beschilderung und Kartierung auszeichnen. Unsere Vision  
528 ist ein lückenloses Fahrradnetz in ganz Deutschland mit Anschlüssen in den Grenzregionen.  
529 Die Empfehlungen des Nationalen Radverkehrsplans, die sich an den Bund richten, werden von  
530 uns schnellstmöglich umgesetzt; Kommunen, Länder und Unternehmen werden bei der  
Umsetzung  
531 ihres Teils der Aufgaben umfassend unterstützt. Die Anzahl der Wege mit Rad und zu Fuß soll  
532 bis 2030 verdoppelt werden. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die Pro-Kopf-  
533 Investitionen gemeinsam mit Ländern und Kommunen deutlich erhöhen. Wir verstärken die  
534 Bundesförderung und Beratungsangebote für den Ausbau und die Modernisierung der  
535 Radinfrastruktur, schaffen ein schlagkräftiges Kompetenzzentrum Radverkehr und  
bezuschussen  
536 die Anschaffung von Job- und Lastenrädern sowie S-Pedelecs. Das Straßenverkehrsrecht  
537 reformieren wir, damit Radfahrer\*innen besser geschützt sind und einen gleichberechtigten  
538 Platz im Straßenraum bekommen. An Verkehrswegen des Bundes sollen gut ausgebaute  
Radwege  
539 nach niederländischem Vorbild im Bestand und bei Baumaßnahmen zur Regel werden. Mit einer  
540 nationalen Fußmobilitätsstrategie schaffen wir Barrierefreiheit, Verkehrssicherheit und mehr  
541 Aufenthaltsqualität für Fußgänger\*innen.

## 542 **Mobilpass einführen**

543 Autonomes Fahren, vernetzte Mobilitätsangebote, nutzen statt besitzen – der digitale  
544 Fortschritt wird unseren Alltag in den nächsten Jahren grundlegend verändern. Wir wollen die  
545 deutsche Mobilitätswirtschaft zur Vorreiterin für neue Mobilitätslösungen machen und die  
546 Digitalisierung nachhaltig, inklusiv und ausgewogen für die Verkehrswende nutzen.  
547 Echtzeitinformationen und ein einheitliches Ticketsystem müssen im ÖPNV Standard werden.  
548 Damit man problemlos überall von A nach B kommt, wollen wir mit dem Mobilpass die Angebote  
549 von 120 Verkehrs- und Tarifverbänden in Deutschland vereinfachen und verknüpfen und  
Sharing-  
550 und Ridepooling-Dienste so integrieren, dass Sozial- und Umweltdumping ausgeschlossen sind.  
551 Bei der Vernetzung sind das Open-Data-Prinzip und offene Schnittstellen zu beachten. Wir  
552 wollen den Wechsel zu Fahrrad, Bus und Bahn für alle attraktiv machen und auch finanziell  
553 fördern. Der Mobilpass soll ebenso Sozialtarife und ticketlose Nutzung fördern. Alle

554 Mobilitätskonzepte müssen barrierefrei sein und eine Teilnahme auch ohne eigene digitale  
555 Endgeräte ermöglichen. Für autonomes Fahren verbessern wir den Rechtsrahmen mit  
Schwerpunkt  
556 auf dem öffentlichen Verkehr. Fahrgastrechte wollen wir durch automatisierte  
557 Entschädigungsverfahren stärken.

### 558 **Mehr Sicherheit durch die Mobilitätswende**

559 Alle Menschen sollen sich in ihrem Alltag angstfrei fortbewegen und unversehrt ihre Ziele  
560 erreichen können. Gerade Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung brauchen  
eine  
561 besondere Aufmerksamkeit bei der Verkehrsplanung. Damit mehr Menschen auf das Fahrrad  
562 steigen oder öfter zu Fuß gehen, sind zeitgemäße Verkehrsregeln, eine sichere Gestaltung der  
563 Verkehrsinfrastruktur und eine Neuverteilung der Flächen entscheidend. Unser Ziel ist die  
564 Vision Zero, d. h. keine Töten und Schwerverletzten mehr im Straßenverkehr. Um mehr  
565 Sicherheit auf den Straßen zu erreichen, wollen wir in geschlossenen Ortschaften das Regel-  
566 Ausnahme-Verhältnis umkehren. Tempo 30 ist dann die Regel, Abweichungen wie Tempo 50  
werden  
567 vor Ort ausgewiesen. Für die Autobahnen wollen wir ein Sicherheitstempo von 130 km/h. Wenn  
568 besondere Gründe es notwendig machen, wie beispielsweise in Städten oder Ballungsgebieten  
569 oder um sie herum, dann gelten maximal 120 km/h. Um die vielen Unfälle von  
570 Fahrradfahrer\*innen und Fußgänger\*innen in Innenstädten zu verhindern, wollen wir  
571 verbindlich technische Lösungen wie Lkw-Abbiegeassistenzsysteme, vollautomatische  
572 Assistenzsysteme oder Warnsysteme voranbringen. Wir setzen uns ein für eine Reduzierung von  
573 unnötigem und mutwilligem Lärm, wie er zum Beispiel auch von zu lauten Motorrädern und  
Pkws  
574 ausgeht.

### 575 **Den Autoverkehr klimaneutral gestalten**

576 Der Automobilverkehr muss in den nächsten zehn Jahren endlich einen starken Beitrag zum  
577 Klimaschutz leisten. Bisher sind dort die Emissionen immer weiter gestiegen, es braucht  
578 jetzt die Trendwende. Zum Erreichen der Klimaneutralität muss der Autoverkehr abnehmen und  
579 gleichzeitig emissionsfrei werden. Wir werden dafür sorgen, dass dank besserer Züge, Busse,  
580 Rad- und Fußwege und flankierender Maßnahmen bis 2030 mehr als die Hälfte der Wege im  
581 Umweltverbund zurückgelegt werden. Das Auto wird aber für viele weiterhin wichtig sein. Die  
582 Autos müssen in der Summe im Sinne der Lebensqualität aller digitaler, leiser, kleiner und  
583 leichter sowie klimaneutral und besser recyclebar sein. Dabei geht es uns auch darum, mit  
584 Hilfe von Digitalisierung, autonomem Fahren und der Stärkung neuer  
585 Mobilitätsdienstleistungen Autos effizienter zu nutzen und auf diese Weise mehr Mobilität  
586 bei weniger Verkehr zu fördern. Ab 2030 dürfen deshalb nur noch emissionsfreie Autos neu  
587 zugelassen werden; den Weg dorthin bereiten europäische CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte und eine  
588 ansteigende nationale Quote, die sich am 1,5-Grad-Pfad orientieren. Bis 2030 müssen aber  
589 bereits in relevantem Maße bisherige Verbrennerfahrzeuge durch E-Autos ersetzt werden, deren  
590 Anteil soll daher bis 2030 auf mindestens 15 Millionen Fahrzeuge steigen. So sorgen wir für  
591 saubere Luft, erfüllen unsere Klima- und Umweltziele und die Automobilindustrie kann ihre  
592 Entwicklungsarbeit und ihre Investitionen verlässlich planen.

593 Das sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle. Die Kaufförderung  
594 emissionsfreier Autos wollen wir in ein Bonus-Malus-System überführen und für Elektro-  
595 Leichtfahrzeuge öffnen. Klimafreundliche Autos werden billiger, klimaschädliche teurer. Auch  
596 die Umrüstung bestehender Verbrenner zu emissionsfreien Autos wollen wir fördern. Zudem  
597 nutzen wir Regulierung, verpflichtende Verbraucherinformationen und Anreize, um Autos  
598 insgesamt leichter und effizienter zu machen. Wir beenden schrittweise die Dieselsubvention  
599 und gestalten die Dienstwagenbesteuerung sozial-ökologisch um. Wir beschleunigen den  
600 flächendeckenden Ausbau einer einheitlichen Ladeinfrastruktur, besonders im ländlichen Raum,  
601 inklusive Schnellladesäulen. Laden muss flächendeckend in Deutschland und Europa schnell,  
602 ökologisch, günstig und bequem möglich sein.

### 603 **Moderne Verkehrsinfrastruktur**

604 Die Verkehrspolitik hat jahrzehntelang einseitig Straßenbau und Pkw-Verkehr gefördert. Sie  
605 reißt damit alle Klima- und Nachhaltigkeitsziele und führt doch tagtäglich zu Staus. Das hat  
606 keine Zukunft – moderne Mobilität für dieses Jahrhundert verlangt neue Prioritäten.  
607 Deutschland braucht eine Infrastrukturentwicklung, die den 1,5-Grad-Pfad einhält und allen  
608 Menschen zukunftsfähige und sichere Mobilität ermöglicht. Wir legen den Fokus auf den Ausbau  
609 von Geh-, Rad- und Schienenwegen, eine gleichberechtigte Verteilung von Flächen, die  
610 Umnutzung bestehender Infrastrukturen sowie eine intelligente barrierefreie Vernetzung  
611 umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Auch die Vermeidung von Verkehr und daraus resultierenden  
612 Belastungen, unter anderem durch bessere Bedingungen für Homeoffice und die Wiederkehr  
613 der  
614 Nahversorgung in Orte und Stadtviertel, werden wir unterstützen. An den Verkehrswegen wollen  
615 wir für zusätzliche Bäume und ihren Bestandserhalt als Teil einer grünen Infrastruktur  
616 sorgen. Der bisherige Bundesverkehrswegeplan wird diesen Ansprüchen überhaupt nicht  
617 gerecht.  
618 Trotz Klima- und Artenkrise und obwohl Deutschland eines der dichtesten Straßennetze der  
619 Welt hat, enthält der Bundesverkehrswegeplan noch hunderte weitere Straßenbauprojekte, die  
620 unsere Landschaften und unsere Natur zerschneiden und den Klimaschutz gefährden.  
621 Deutschland  
622 hat keinen Mangel an Straßen, erst recht keinen an Autobahnen. Wir wollen deshalb den  
623 Bundesverkehrswegeplan schnellstmöglich durch einen neuen Bundesnetzplan ersetzen, der die  
624 Verkehrsinfrastrukturplanung systematisch an den Erfordernissen der Mobilitätswende  
625 ausrichtet und die bis 2030 vorgesehenen Neu- und Ausbauten von Autobahnen und  
626 Bundesfernstraßen deutlich reduziert. Dies erfordert eine grundsätzliche Änderung der  
627 bisherigen standardisierten Bewertungsverfahren, Berechnungsgrundlagen und Kriterien unter  
628 Berücksichtigung der tatsächlichen Klima- und Umweltkosten, die gründliche Prüfung von  
629 Alternativen, die auch andere Verkehrsträger einbezieht, eine Verbesserung der bisher  
630 unzureichenden Beteiligung der Bürger\*innen und Verbände sowie die Abkehr vom sogenannten  
631 Finanzierungskreislauf Straße. Wir schützen damit unsere Wohngebiete, Wald und Wasser,  
632 Moore  
633 und Artenvielfalt und so unsere eigenen Lebensgrundlagen. Angesichts der Klimakrise darf



630 nicht gelten: Nur weil es schon immer so geplant war, muss das jetzt auch gemacht werden.  
631 Die anstehende Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans werden wir zudem  
632 nutzen, um  
633 alle nicht im Bau befindlichen Abschnitte sowie besonders umweltschädliche Straßenneubau-  
634 und Straßenausbauprojekte einer Klima-, Umwelt- und Bedarfsprüfung zu unterziehen und sie  
635 dadurch deutlich zu reduzieren. Bis zum Abschluss der Überprüfung dürfen bei diesen  
636 Projekten keine irreversiblen Fakten geschaffen werden. Das gilt umso mehr, weil der  
637 ausufernde Straßenneubau Mittel bindet, die wir anderswo viel dringender brauchen. Die  
638 Mittel für den Straßenneu- und -ausbau werden wir deshalb weitgehend umschichten -  
639 zugunsten  
640 der Sanierung maroder Infrastruktur und des Ausbaus der Schienen- und Radwegeinfrastruktur.  
641 Dazu gehört auch eine gründliche Bewertung der finanziellen Risiken des Straßenbaus und der  
642 neuen Autobahngesellschaft. Straßenfahrzeuge und Züge sollen leiser werden, durch mehr  
643 aktiven Lärmschutz auch im Bestand. Dort, wo wir den Lärm nicht direkt an der Quelle mindern  
644 können, sorgen wir für besseren Lärmschutz.

### 643 **Mobil auf dem Land durch eine Mobilitätsgarantie**

644 In ländlichen Räumen ist die Mobilitätswende am anspruchsvollsten, denn viele Menschen sind  
645 dort auf das Auto angewiesen. Zugleich schränkt diese einseitige Autozentrierung die  
646 Autonomie von Kindern, Jugendlichen und Menschen ohne Auto besonders stark ein. Wir wollen  
647 erreichen, dass Mobilität auch auf dem Land ohne Auto und barrierefrei möglich ist. Wir  
648 wollen mit den Ländern eine Mobilitätsgarantie mit gesetzlich definierten Standards für  
649 Erreichbarkeit und Erschließung einführen, erweiterte Angebote an öffentlicher Mobilität in  
650 ländlichen Räumen entwickeln, lokale Initiativen unterstützen und Radwege ausbauen. Gerade  
651 in strukturschwachen Regionen braucht es eine regelmäßige, verlässliche und barrierefreie  
652 Anbindung an den ÖPNV, zum Beispiel durch Schnellbuslinien, und an  
653 Mobilitätsdienstleistungen wie Ridepooling- und On-Demand-Verkehre. Dennoch ist das Auto für  
654 viele Menschen im ländlichen Raum unverzichtbar und dort gerade für viele Familien kaum  
655 wegzudenken. Deshalb setzen wir hier auch besonders auf die Chancen der Antriebswende. Das

656 E-Auto ist insbesondere im Paket mit Solaranlagen auf dem Dach, einem Stromspeicher im  
657 Keller und einer Wandladestation in der Garage eine zukunftsfähige Lösung. Zugleich wollen  
658 wir Carsharing flächendeckend verfügbar machen und die Errichtung von Carsharing-Stationen  
659 fördern, auch an zunächst weniger rentablen Standorten.

### 660 **Mobilitätswende in der Stadt**

661 Nirgendwo wird die Mobilitätswende sehnlicher erwartet als in den Innenstädten: Unfälle,  
662 Staus, Abgase, Lärm, zu wenig Platz für Kinder zum Spielen und für Begegnungsräume - die  
663 autozentrierte Stadt ist nicht nur klimaschädlich, sondern auch kein schöner Ort zum Leben.  
664 Wir wollen unsere Städte lebenswerter machen und sie dazu bei der Mobilitätswende gezielt  
665 unterstützen. Wir werden es ihnen erleichtern, den Raum Straße vielfältig nutzbar zu machen,  
666 attraktive Rad- und Fußwege anzulegen, verkehrsberuhigte oder autofreie Innenstädte und  
667 Stadtviertel voranzutreiben und mehr Grünflächen auch durch Entsiegelung zu schaffen.  
668 Temporäre Umgestaltungen wie Pop-up-Bikelandes sollen erleichtert werden, um Best-Practice-  
669 Lösungen testen zu können. Den Städten und Kommunen wollen wir die Planungshoheit  
670 zurückgeben, damit sie öffentlichen Raum gerecht aufteilen können, zum Beispiel durch eine  
671 stringente Parkraumbewirtschaftung, indem Autos nicht mehr überall, sondern nur noch auf

672 explizit dafür ausgewiesenen Flächen geparkt werden dürfen, oder durch bessere  
673 Möglichkeiten, Fahrradparkplätze vorzugeben und Auto- in Fahrradparkplätze umzuwidmen. Wir  
674 wollen, auch durch angemessene Bußgelder, Schluss machen mit Falschparken auf Radwegen  
und  
675 Fußwegen und zugestellten Straßenkreuzungen. Zudem stärken wir die Möglichkeiten, auch  
durch  
676 europäische Erfolgsmodelle wie eine City-Maut oder eine Nahverkehrsabgabe die  
677 Mobilitätswende zu finanzieren, zu fördern und aktiv zu gestalten. Die Ausweitung von –  
678 insbesondere stationsbasierten – Carsharing-Angeboten werden wir fördern, da diese für eine  
679 Verringerung des Pkw-Bestands in den Städten sorgen.

#### 680 **Flugverkehr zukunftsfähig ausrichten**

681 Fliegen bringt unsere Welt näher zusammen, ist aber eine der klimaschädlichsten  
682 Fortbewegungsarten. Nach der Pandemie wollen wir kein Zurück zum unbegrenzten Wachstum  
des  
683 Luftverkehrs, sondern diesen am Ziel der Klimaneutralität ausrichten. Kurzstreckenflüge  
684 wollen wir ab sofort Zug um Zug verringern und bis 2030 überflüssig machen, indem wir massiv

685 Bahnangebote – gerade Direkt- und Nachtzugverbindungen – ausweiten und für faire  
686 Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsmitteln sorgen, die die ökologischen Kosten  
687 widerspiegeln. Die Zahl von Mittel- und Langstreckenflügen gilt es zu vermindern, zum  
688 Beispiel indem öffentliche und privatwirtschaftliche Geschäftsreisen durch die Nutzung von  
689 Videokonferenzen entfallen. Das Fliegen wollen wir nachhaltig, zukunftsfähig und langfristig  
690 unabhängig von fossilen Treibstoffen machen. Dafür sorgen ein strikter europäischer  
691 Emissionshandel, die Förderung moderner Flugzeugtechnologien und die Erhöhung der  
692 Beimischungsquoten mit einem klaren Anstiegspfad, der fossiles Kerosin durch strombasierte  
693 Kraftstoffe aus Erneuerbaren Schritt für Schritt ersetzt. Bis 2030 soll die Quote statt 2  
694 Prozent mindestens 10 Prozent betragen und im Folgejahrzehnt deutlich anwachsen. Den  
Aufbau

695 von Produktionsanlagen dafür fördern wir. Umweltschädliche Subventionen sind abzubauen und  
696 fortlaufende Finanzhilfen für Flughäfen zu beenden. Außerdem setzen wir uns für die  
697 Einführung einer europäischen Kerosinsteuer ein. Bis diese in der EU umgesetzt ist, werden  
698 wir auf nationaler Ebene eine Kerosinsteuer für innerdeutsche Flüge einführen. Lohndumping  
699 durch Billigflüge muss beendet werden. Einen weiteren Ausbau der Flughafeninfrastruktur  
700 lehnen wir ab. Neue Entwicklungen im Flugverkehr, wie zum Beispiel Drohnen, müssen sich  
701 daran messen lassen, ob sie einen Beitrag zu einer nachhaltigen Mobilitätswende leisten  
702 können. Zur Reduktion von Fluglärm braucht es weniger Flugzeuge, eine Pflicht zum aktiven  
703 Schallschutz für leisere Flugzeuge, ein echtes Nachtflugverbot, die Gleichstellung von  
704 militärischen und  
705 zivilen Flughäfen sowie eine Novellierung der gesetzlichen Grundlagen mit strengeren  
706 Grenzwerten. Für den Gesundheitsschutz wollen wir außerdem Grenzwerte für Ultrafeinstaub  
707 festlegen.

#### 708 **Zukunftsfähiger Güterverkehr**

709 Jeden Tag werden durch Deutschland Millionen Tonnen an Gütern transportiert, heute zumeist  
710 in Form endloser Lkw-Karawanen auf unseren Straßen. In einem klimaneutralen Deutschland  
muss

711 auch der Güterverkehr zukunftsfähig, emissionsfrei und weniger lärmintensiv sein. Für  
712 weniger Lkw-Verkehr wollen wir den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagern.  
713 Dafür werden wir die Kombination von Straße, Schiene und Wasser ertüchtigen und Industrie  
714 und Gewerbe wieder ans Bahnnetz anschließen – auch in der Fläche. Wir fördern Investitionen  
715 in moderne Güterverkehrstechnik, intermodale Güterverkehrszentren und Umschlagterminals  
für  
716 den kombinierten Güterverkehr. Wir setzen zudem auf regionale Wirtschaftskreisläufe und die  
717 Chancen der Digitalisierung und Vernetzung bei der Organisation der Logistik. Den  
718 ausufernden Lkw-Verkehr wollen wir durch eine CO<sub>2</sub>-orientierte Maut so regulieren, dass die  
719 entstehenden Kosten von den Verursacher\*innen getragen werden. Zusammen mit  
ambitionierten  
720 CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerten und Quoten, der Förderung klimafreundlicher Antriebe und dem  
721 schnellen Aufbau der entsprechenden Infrastrukturen werden auch Lkw absehbar lokal  
722 emissionsfrei. Für mehr Sicherheit im Lkw-Bereich braucht es eine bessere Durchsetzung von  
723 Arbeitszeitvorschriften. Auch die Arbeitsbedingungen der Lkw-Fahrer\*innen müssen erheblich  
724 verbessert werden. Dafür werden wir das Bundesamt für Güterverkehr personell aufstocken und  
  
725 diesem mehr Befugnisse erteilen. In der städtischen Logistik wollen wir den Einsatz von  
726 Lastenrädern und Cargo-Trams fördern sowie neue Verteilkonzepte wie Cityhubs und die  
727 Güterbeförderung auf der letzten Meile per Konzession vorantreiben.

#### 728 **Die Schifffahrt klima- und umweltverträglich machen**

729 Für ein außenhandelsorientiertes Land wie Deutschland ist eine international  
730 wettbewerbsfähige maritime Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Wir setzen uns für die  
731 Entwicklung eines gemeinsamen Seehafenkonzepts durch Bund und Länder ein, das auf  
732 Kooperation der Standorte statt auf Konkurrenz setzt. Die Schifffahrt wollen wir durch  
733 verbindliche Emissionsminderungsziele und eine Einbeziehung in den EU-Emissionshandel  
734 klimaneutral machen. Wir setzen die politischen Rahmenbedingungen dafür, dass die  
735 Schifffahrt schnellstmöglich wekommt vom Schweröl mit seinen giftigen Abgasen und dass  
sich  
736 stattdessen Landstromanlagen, emissionsarme Terminals, alternative Schiffsantriebe und  
737 klimaneutrale Treibstoffe ebenso wie faire Arbeitsbedingungen für alle an der Seefahrt  
738 Beteiligten durchsetzen. Dafür drängen wir auf weltweit höhere Standards. Modernisierte  
739 Binnenschiffe müssen künftig einen wichtigen Beitrag zum klimaneutralen Gütertransport  
740 liefern. Wir sehen uns in der Verantwortung für einen guten ökologischen Zustand aller  
741 Wasserstraßen. Marode Wasserstraßen müssen umweltverträglich saniert werden, für  
742 Flussvertiefungen soll es ein Moratorium und eine grundsätzliche Überprüfung im Rahmen der  
743 Neuaufstellung des Bundesnetzplans im Sinne der neuen UN-Dekade für die Wiederherstellung  
744 von Ökosystemen geben.

#### 745 **Wir schützen Natur und Umwelt für ein gutes Leben**

##### 746 **Artensterben stoppen**

747 Biologische Vielfalt sichert das Leben auf der Erde. Ökologische Leitplanken müssen daher  
748 unser Handeln definieren – als „Barometer des Lebens“. Um die Krise der Artenvielfalt zu  
749 überwinden und das massenhafte Artensterben zu beenden, brauchen wir vor allem eine  
andere

750 Landnutzung. Wie beim Klimaschutz zählt auch beim Naturschutz jeder Tag. Deshalb werden wir  
751 ein Sofortprogramm Artenschutz auflegen, mit dem wir den Pestizideinsatz deutlich verringern  
752 und den Einsatz besonders schädlicher Umweltgifte wie Glyphosat untersagen. Wir wollen den  
753 Verkauf von naturwertvollen bundeseigenen Flächen sowie die Entwässerung von  
Moorstandorten  
754 stoppen und militärische Konversionsflächen dem Naturschutz zur Verfügung stellen. Zur  
755 besseren Vernetzung der Schutzgebiete wollen wir Naturschutzkorridore schaffen. Gemeinsam  
756 mit den Ländern werden wir die Naturschutzwirkung der Natura-2000-Gebiete verbessern, wo  
757 möglich Nationalparks und andere Schutzgebiete vergrößern bzw. neue schaffen sowie das  
758 nationale Naturerbe stärken. Damit der Naturschutz endlich ausreichend finanziert wird,  
759 werden wir neue Wege gehen: 10 Prozent der Gelder aus dem Energie- und Klimafonds sollen  
für  
760 Klimaschutz durch Naturschutzmaßnahmen eingesetzt werden. Wir werden den Wildnisfonds  
761 ausbauen, damit sich auf mindestens 2 Prozent der Landesfläche wieder echte Wildnis  
762 entwickelt, wo Pflanzen und Tiere ungestört leben können. Wir wollen erreichen, dass vor  
763 jeder Planung von Infrastrukturvorhaben die Auswirkungen auf Klima, Natur und Umwelt  
764 umfassend geprüft und berücksichtigt werden. Auch einer vielfältigen Kulturlandschaft kommt  
765 eine große Bedeutung für den Schutz unserer Natur zu. Deshalb wollen wir wertvolle  
766 Landschaftselemente wie artenreiche Blumenwiesen, Streuobstbestände, Weinbau-Terrassen,  
767 Alleen, Einzelbäume und Blühstreifen entlang von Straßen und auf kommunalen Flächen besser  
768 schützen und neu schaffen. Den Verbrauch an Boden in Natur und Landwirtschaft werden wir  
769 endlich drastisch reduzieren – in einem ersten Schritt auf unter 30 Hektar pro Tag deutlich  
770 vor 2030. Dazu werden wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen Instrumente umsetzen,  
mit  
771 denen Bauen auf jetzigem Ackerland und Naturboden wirksam begrenzt wird.

## 772 **Unseren Wald retten**

773 Unser Wald ist durch die Klimakrise – durch Hitzewellen, Dürre und Stürme – stark bedroht.  
774 Wir erleben heute schon ein Waldsterben, das weitaus größere Schäden anrichtet, als in den  
775 80er Jahren durch den sauren Regen entstanden sind. Naturnahe, artenreiche und klimastabile  
776 Waldökosysteme sind widerstandsfähiger als Monokulturen. Sie halten den Wasserkreislauf in  
777 Balance und die Böden fruchtbar, speichern Kohlenstoff, reinigen die Luft, sind der  
778 Lebensraum zahlreicher bedrohter Tiere, Pflanzen und Pilze, produzieren Rohstoffe und dienen  
779 der Erholung und Gesundheitsvorsorge. Wir fördern die Entwicklung gesunder Wälder, die mehr  
780 Kohlenstoff binden, als aus ihnen herausgeholt oder freigesetzt wird. Wir wollen gesetzliche  
781 Mindeststandards festlegen, damit die Waldbewirtschaftung naturnah wird, den Umbau und die  
782 Wieder- und Neubewaldung nach ökologischen Bewirtschaftungsvorgaben ausrichten und die  
783 Waldbesitzer\*innen dabei mit qualifizierter Förderung und Beratung unterstützen. Das dient  
784 auch dem ökonomischen Mehrwert. Im Einklang mit Naturschutz- und Waldbesitzerverbänden  
785 setzen wir uns für wald-, natur- und tierschutzgerechte Bejagungsmethoden ein. Die  
786 Bewirtschaftung aller Flächen der öffentlichen Hand soll an ökologische Kriterien geknüpft  
787 werden – im Wald nach FSC- oder Naturlandstandards, in der Landwirtschaft nach Ökolandbau  
788 zertifiziert. Wir wollen als ersten Schritt mindestens 5 Prozent unserer Wälder der Natur  
789 überlassen. So schaffen wir die Urwälder von morgen. Weitere Dürrejahre vergrößern die  
790 Waldbrandgefahr. Gemeinsam mit Kommunen und Ländern wollen wir eine bundesweite

Präventions-

791 und Bekämpfungsstrategie erarbeiten.

## 792 **Biologische Vielfalt an Land und im Meer schützen**

793 Der Artenrückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume schreiten auch global weiter  
794 voran. Wir werden uns für ein ambitioniertes Abkommen der Vereinten Nationen zum Erhalt der  
795 biologischen Vielfalt einsetzen und es in Deutschland umsetzen. Entsprechend der  
796 Biodiversitätsstrategie der Europäischen Union sollen mindestens 30 Prozent der Landfläche  
797 und 30 Prozent der Meere wirksam geschützt werden. Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung  
798 wollen wir überall als neue Leitprinzipien verankern und für eine kohärente Politik sorgen.  
799 Im Meeresbereich verfolgen wir eine gemeinsame internationale Meeresstrategie. Wir werden  
800 uns dafür einsetzen, den Schutz der Meere über verbindliche Abkommen zu schärfen,  
801 Vollzugsdefizite und Regellücken zu schließen und damit in den Fokus zu rücken, damit auch  
802 bisher legale Verschmutzung, wie zum Beispiel Tankwäschen auf hoher See, verboten und  
803 Übernutzung verhindert wird. Wir unterstützen Programme zum Stopp der globalen Entwaldung  
804 und zum Schutz oder zur Wiedereinwanderung oder -ansiedlung besonders bedrohter Arten.  
805 Landnutzer\*innen, deren Lebensunterhalt durch Schutzmaßnahmen bedroht wird, müssen einen

806 Ausgleich erhalten. Gezielte Artenschutzprogramme von Zoos und wissenschaftlichen Instituten  
807 wollen wir unterstützen und zugleich die Haltung der Tiere dort verbessern. Lebensräume, für  
808 die wir in Deutschland internationale Verantwortung tragen, wie das Wattenmeer und alte  
809 Buchenwälder, wollen wir gemeinsam mit den Ländern besser als bisher schützen und  
810 entwickeln. Bei Eingriffen in die Natur müssen nicht verantwortbare Risiken, wie die  
811 Manipulation oder Ausrottung ganzer Populationen oder Arten durch gentechnische Methoden,  
812 sogenannte Gene Drives, ausgeschlossen werden. Es braucht eine umfassende  
813 Biomassestrategie,  
814 damit die Produktion und der Import von Biomasse zur Energieerzeugung oder für Tierfutter  
815 nicht zur Zerstörung der Artenvielfalt führt.

## 815 **Flüsse und Moore schützen und renaturieren**

816 Die Renaturierung von Flüssen, Auen und Wäldern und die Wiedervernässung von Mooren – all  
817 das schützt nicht nur seltene Lebensräume und die biologische Vielfalt, sondern auch das  
818 Klima. Deshalb werden wir eine Renaturierungsoffensive starten. Naturnahe Bäche und die  
819 letzten frei fließenden Flüsse wie die Elbe müssen erhalten bleiben, einen Ausbau der Oder  
820 lehnen wir ab, das gilt auch für die Tideelbe. Maßnahmen, die den ökologischen Zustand  
821 unserer Fließgewässer verschlechtern, sind nicht erlaubt. Diese Vorgabe aus dem europäischen  
822 Recht werden wir durchsetzen. Flüsse mit weiten Auen und Überschwemmungsgebieten sind  
823 auch  
824 der beste Schutz gegen Hochwasser und halten das Wasser in der Landschaft. Wir werden  
825 deshalb die Aufgaben der Bundeswasserstraßenverwaltungen nach ökologischen Kriterien neu  
826 ausrichten. Spezifische Programme für wilde Bäche, naturnahe Flüsse, Seen, Auen und  
827 Feuchtgebiete wie das Blaue Band wollen wir stärken und gemeinsam mit den Ländern die EU-  
828 Wasserrahmenrichtlinie endlich konsequent umsetzen. Moorschutz ist Klimaschutz. Daher  
829 wollen  
830 wir ein Ende der Torfnutzung und unsere Moore so schnell und umfassend wie möglich  
831 wiedervernässen. Dazu legen wir gemeinsam mit den Ländern ein großflächig wirksames Moor-  
832 Renaturierungsprogramm auf. Um die noch intakten Moore vor Torfabbau, Überdüngung und

831 Entwässerung zu retten, werden wir sie unter strengen Schutz stellen. Für genutzte Moorböden  
832 wollen wir ökonomische Perspektiven für eine nachhaltige nasse Landwirtschaft ermöglichen  
833 und extensive Weidewirtschaft und Paludikultur stärken.

#### 834 **Sauberes Wasser ist Leben**

835 Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Düngemittel, Pestizide, Waschmittelrückstände und  
836 Medikamentenreste gehören nicht in unser Wasser. Zum Schutz unseres Grundwassers, der  
837 Seen,  
838 Flüsse und Meere wollen wir deshalb klare gesetzliche Vorgaben, etwa zur Flächenbindung der  
838 Tierhaltung und des Pestizid- und Düngemittleinsatzes, verankern sowie die Kläranlagen  
839 verbessern. Ein Verursacherfonds und eine Reform der Abwasserabgabe sollen so zu einer  
840 fairen Verteilung der Kosten von Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung führen. Wir wollen  
841 die Produktverantwortung von Hersteller\*innen stärken. So verringern wir etwa durch  
842 verbesserte Genehmigungs- und Entsorgungsvorschriften für Medikamente die Bildung von  
843 Resistenzen und andere Gefahren von Arzneimittelrückständen im Wasser. Besonders  
844 gefährliche  
844 und schlecht abbaubare Schadstoffe dürfen nicht mehr in den Wasserkreislauf gelangen. Wir  
845 setzen das EU-Wasserrecht endlich konsequent um und reduzieren den Eintrag von  
846 hormonverändernden Stoffen und Mikroplastik ins Wasser deutlich. Den Vorrang der  
847 Trinkwasserversorgung gegenüber gewerblicher Nutzung gilt es sicherzustellen,  
848 Wiederverwendung von Abwässern und Speicherung von Regenwasser wollen wir fördern und  
849 Anreize zum Wassersparen schaffen. Wir machen das Vorsorgeprinzip auch im Gewässerschutz  
850 zur  
850 Richtschnur, deswegen wollen wir im Bergrecht Fracking und künftige Projekte zur Förderung  
851 von Erdöl und Erdgas ausschließen.

#### 852 **Meere schützen, Plastikmüllflut stoppen**

853 Die Meere befinden sich in einem katastrophalen Zustand – und dieser droht sich durch  
854 weitere Versauerung, Überdüngung, Überfischung, Verschmutzung und Plastikmüll noch zu  
855 verschlechtern. Um der Plastikmüllflut Einhalt zu gebieten, wollen wir ein international  
856 verbindliches Abkommen zum Stopp der Plastikvermüllung unserer Meere auf den Weg bringen  
857 sowie ein Sofortprogramm mit ehrgeizigen Müllvermeidungszielen auflegen. Wir wollen Technik  
858 fördern, die eine Bergung der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee und ein  
859 umweltverträgliches Abfischen von Müll aus dem Meer ermöglicht. Aus den Erdölförderanlagen  
860 in der Nordsee treten durch Unfälle, ölhaltigen Bohrschlamm mit Bohrabfällen und auch durch  
861 die Abfackelung von Gas giftige Stoffe aus. Wir setzen uns für ein Ende der Förderung  
862 fossiler Energieträger ein. In der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone wollen wir  
863 einen sofortigen Stopp neuer Öl- und Gasbohrungen umsetzen sowie ein Förderende bis 2025.  
864 Auf europäischer und internationaler Ebene setzen wir uns für ein Ende der Öl- und  
865 Gasförderung in der gesamten Nord- und Ostsee ein. Wir wollen auch den Ausstieg aus dem  
866 Kies- und Sandabbau in Schutzgebieten vorantreiben und zugleich Raubbau in Ländern des  
867 globalen Südens durch Importstandards verhindern. Um die Überfischung zu beenden, die  
868 Fischbestände zu stabilisieren und Fischer\*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben,  
869 wollen wir Fangquoten und Fischereiabkommen anpassen, Schonzeiten ausdehnen und die  
870 Umstellung der Fischerei auf umwelt-, klima- und artenschonende Fangmethoden erreichen.  
871 Dazu  
871 gehören auch ein schnellstmöglicher Ausstieg aus der klima- und umweltschädlichen

872 Grundschieppnetzfisherei und eine naturschutzgerechte Regulierung von Stellnetzen. Wir  
873 wollen die Fischereisubventionen auf eine ökologische Meeresnutzung ausrichten. Regionale  
874 Fischereibetriebe werden wir bei der Umstellung ebenso unterstützen wie beim Aufbau von  
875 Alternativen durch umweltfreundliche touristische Angebote. Ein wichtiger Schritt, um  
876 ökologische Fischerei und Aquakultur auskömmlich zu honorieren, ist eine verbindliche und  
877 für die Verbraucher\*innen transparente Kennzeichnung. Für lebendige Weltmeere sind die  
878 Umsetzung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, ein Tiefseebergbaumoratorium sowie die  
879 Ausweisung von großflächigen nutzungsfreien Meeresschutzgebieten notwendig.

## 880 **Das Ende des Mülls**

881 Der Plastikmüll wird immer mehr, der Mehrweganteil bei Getränken sinkt seit Jahren.  
882 Einwegbecher werden nur für wenige Minuten genutzt, bevor sie zu Müll werden. Ausgediente  
883 Handys und Tablets verstauben in Schubladen, obwohl sie wiederverwendet oder recycelt  
884 werden könnten. Unser Ziel ist Zero Waste. Es soll kein Müll mehr verursacht und die  
885 Ressourcenverschwendung gestoppt werden. Das kann nur gelingen, wenn Hersteller\*innen und

886 Müllverursachende stärker in die Verantwortung genommen werden und das Konzept der  
887 Kreislaufwirtschaft ganzheitlich bei Design, Herstellung, Nutzung und Entsorgung von  
888 Produkten berücksichtigt wird. Unerwünschte, oft sogar noch in Plastikfolie eingepackte  
889 Werbung gehört nicht in unsere Briefkästen. Wir werden das komplizierte Pfandsystem  
890 entwirren. Jede Flasche soll in jeden Pfandautomaten passen, den To-go-Mehrwegbecher  
891 machen

891 wir bis 2025 zum Standard. Wir fördern Mehrweg bei Transport, Online-Handel, Einkauf und  
892 Lebensmittelverpackungen. Wir treten für ein EU-weites Pfandsystem ein. Damit  
893 Ressourcenschätze aus alten Elektrogeräten zurück in den Kreislauf finden, schaffen wir in  
894 einem ersten Schritt ein Pfand auf Handys, Tablets und energieintensive Akkus. Das bisherige  
895 Lizenzgeld für Plastikverwertung entwickeln wir zu einer Ressourcenabgabe weiter. Bei der  
896 Ausgestaltung der Müllsammlung wollen wir die Position der Kommunen stärken. Das  
897 Verpackungsgesetz wird zum Wertstoffgesetz, das allen ökologisch vorteilhaften  
898 Mehrwegprodukten Vorrang einräumt sowie Müllvermeidung und hochwertiges Recycling  
899 fördert.

899 Dazu müssen Kunststoffsorten und Verbundstoffe reduziert und giftfrei werden. Biowertstoffe  
900 gehören nicht in die Verbrennung, sondern müssen verwertet werden. Plastikmüll soll nicht  
901 mehr exportiert werden, wenn er nicht hochwertig recycelt wird. Stoffe im Kreislauf zu  
902 führen, wird auch ökonomisch vorteilhafter werden, als sie wegzuworfen. Kreislaufwirtschaft  
903 wird das neue Normal.

## 904 **Giftfreie Produkte im Alltag**

905 Plastik- und Schadstoffrückstände finden sich mittlerweile sogar schon in den Körpern von  
906 Kindern und Jugendlichen. Die Weltgesundheitsorganisation sieht in hormonstörenden  
907 Chemikalien eine globale Gesundheitsbedrohung. Wir wollen giftige Chemikalien, die  
908 Erkrankungen wie Krebs, Diabetes oder Allergien und ungewollte Kinderlosigkeit auslösen  
909 können, aus allen Alltagsprodukten verbannen, indem wir das EU-Recht im Chemikalienbereich  
910 verbessern und schnell und konsequent durchsetzen. Der Eintrag von Mikroplastik, das sich  
911 heute schon überall in unserer Umwelt findet, muss dringend minimiert werden. In Kosmetika  
912 und Pflegeprodukten hat Mikroplastik nichts verloren. Besonderes Augenmerk richten wir auf

913 Spielzeug, Kinderpflegeprodukte und andere Alltagsprodukte wie Textilien, Möbel oder  
914 Elektronik. Deutschland sollte dem Beispiel Frankreichs folgen und nachgewiesene giftige  
915 Chemikalien wie Bisphenol A in Kochgeschirr und Lebensmittelverpackungen oder per- und  
916 polyfluorierte Kohlenwasserstoffe in Papier und Pappe verbieten. Wir wollen  
917 Verbraucher\*innen besser schützen, indem wir gemeinsam mit den Ländern importierte Güter  
918 stärker auf Giftstoffe kontrollieren, die Produktkennzeichnung verbessern und  
919 Produktrückrufe erleichtern. Unser Ziel ist, dass die Menschen gesund in einer gesunden  
920 Umwelt leben können.

### 921 **Saubere Luft zum Atmen**

922 Wir alle brauchen saubere Luft zum Atmen. Doch Abgase aus dem Verkehr, aus  
Kohlekraftwerken  
923 oder alten Ölheizungen machen krank. Schlimmer noch: Nach Berechnung der Europäischen  
924 Umweltagentur sterben allein in Deutschland pro Jahr 70.000 Menschen vorzeitig durch von  
925 Luftverschmutzung verursachte Krankheiten. Die ökologische Modernisierung bietet riesige  
926 Chancen, die Luft zu verbessern. E-Autos, Solar- und Windenergie schützen unsere Luft. Wir  
927 wollen diese Entwicklung beschleunigen und die Grenzwert-Empfehlungen der  
928 Weltgesundheitsorganisation für Luftschadstoffe schnellstmöglich umsetzen. Auch durch mehr  
929 Grün in unseren Städten verbessern wir dort die Luftqualität. Um diese Ziele zügig zu  
930 erreichen, werden wir alle Emissionsquellen wie Verkehr, Industrie und Landwirtschaft in den  
931 Blick nehmen und in diesem Zusammenhang die Entscheidung darüber, ob und wie Feuerwerk  
im  
932 Einzelnen zu regeln ist, dahin geben, wo sie hingehört – vor Ort.

### 933 **Klimaanpassung und mehr Natur in der Stadt**

934 Die Klimakrise verändert zunehmend die Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens.  
Schon heute  
935 hat sich die Erde um 1,2 Grad erhitzt. Die Folgen sind mit Hitzesommern, Überschwemmungen  
936 und Stürmen längst auch in unserem Land spürbar und treffen oft die am härtesten, die in  
937 schwierigsten Umständen leben. Während wir um jedes Zehntelgrad weniger an Erderhitzung  
938 kämpfen, müssen wir uns zugleich an diese Veränderungen anpassen. In ländlichen Räumen gilt  
939 es insbesondere Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Fischerei bei der Anpassung zu  
940 unterstützen, um Schäden durch Dürren, Ernteauffälle und Waldsterben zu verringern. Unsere  
941 Städte wollen wir besser gegen Hitzewellen und Starkregen wappnen – mit Hitzeaktionsplänen  
942 und einem Stadtumbau im Großen wie im Kleinen: mehr Stadtgrün, Bodenentsiegelung,  
943 Frischluftschneisen, Gebäudebegrünung, Wasserflächen und öffentliche Trinkbrunnen. Als  
944 Schwammstädte sollen sie künftig mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend  
945 wirken. Das erhöht auch die Lebensqualität gerade für all jene, die sich keinen eigenen  
946 Balkon oder Garten leisten können: Dachgärten sind natürliche Klimaanlagen für Wohnungen  
und  
947 Büros, Parks und Stadtwälder spenden Schatten und frische Luft. Wir wollen durch  
948 Verbesserungen im Baurecht und in der Städtebauförderung Stadt und Land helfen, all das  
949 schnellstmöglich vor Ort umzusetzen. Auch für Tiere und Pflanzen sind unsere Städte immer  
950 wichtigere Lebensräume. Deshalb wollen wir die Natur in der Stadt ausweiten. Das vorhandene  
951 Grün werden wir schützen und ökologisch aufwerten, Gärtner\*innen und Kleingärtner\*innen  
952 wollen wir dabei als Verbündete gewinnen. Wir werden die Lichtverschmutzung eindämmen, die



953 Menschen, Tiere und Pflanzen schädigt und wesentlich zum Verschwinden von Insekten und  
954 Vögeln beiträgt.

## 955 **Wir stärken Bäuer\*innen, Tiere und Natur**

### 956 **Landwirtschaft fit für die Zukunft machen**

957 Wir wollen Klima-, Umwelt-, Tier- und Gewässerschutz und landwirtschaftliche Erzeugung  
958 miteinander versöhnen. Die Landwirtschaft fit für die Zukunft zu machen – das begreifen wir  
959 als Aufgabe für die nächsten Jahre. Das geht nur mit der Natur zusammen und mit einem  
960 Verständnis von Natur, das sich an Kreisläufen orientiert und sich dem Ressourcenschutz  
961 verpflichtet sieht. Das bedeutet fruchtbare kohlenstoffspeichernde Böden, sauberes Wasser  
962 und intakte Ökosysteme, aber auch ein faires Auskommen von Landwirt\*innen und eine gute  
und  
963 gesunde Ernährung für alle. Das können und werden wir nur gemeinsam mit den Bürger\*innen  
und  
964 Bäuer\*innen erreichen. Insbesondere kleine Betriebe wollen wir bei der notwendigen  
965 Transformation unterstützen und pragmatische Lösungen für sie finden. Unser Leitbild ist  
966 eine sich weiterentwickelnde ökologische Landwirtschaft mit ihren Prinzipien  
967 Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und Freiheit von chemisch-synthetischen Pestiziden.  
968 Dafür wollen wir den Ökolandbau umfangreich fördern und die Voraussetzungen dafür schaffen,  
969 dass künftig immer mehr Bäuer\*innen und Lebensmittelhersteller\*innen umstellen. Ziel sind 30  
970 Prozent Ökolandbau bis 2030. Die Agrarforschung für eine Ökologisierung der Landwirtschaft  
971 werden wir deutlich ausweiten. Wir werden vielfältige Fruchtfolgen und widerstandsfähige  
972 Anbausysteme wie Agroforst ebenso stärken wie die Nutzung von robusten Pflanzensorten und  
973 Tierrassen. Stickstoffüberschüsse werden wir deutlich reduzieren. Auch digitale Anwendungen  
974 können bei entsprechender Ausrichtung die Landwirtschaft umwelt- und klimafreundlicher  
975 machen, müssen aber auch – zum Beispiel über Sharing-Konzepte – kleineren Betrieben  
976 offenstehen und bezahlbar sein. Monokulturen, Pestizide und chemisch-synthetischer Dünger  
977 führen auch im globalen Süden zu erheblichen Schäden für Gesundheit und Umwelt, während  
978 Kleinbäuer\*innen durch europäische Dumpingexporte, patentiertes Saatgut und Landraub  
weiter  
979 in die Abhängigkeit getrieben werden. Das Recht auf Nahrung muss garantiert sein,  
980 kleinbäuerliche Strukturen wollen wir stärken. Dafür unterstützen wir mit unserer Agrar- und  
981 Entwicklungspolitik eine globale sozial-ökologische Agrarwende.

### 982 **Öffentliches Geld für öffentliche Leistung**

983 Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU sollte zu einem Instrument für eine sozial- ökologische  
984 Agrarpolitik werden – und nicht wie bisher für die Industrialisierung der Landwirtschaft.  
985 Das muss der Ausgangspunkt für einen Gesellschaftsvertrag zwischen Bäuer\*innen,  
986 Verbraucher\*innen und Politik für Klima- und Naturschutz sein. Wir wollen eine Reform, damit  
987 die Milliarden an öffentlichen Geldern künftig für öffentliche Leistungen wie Klima-,  
988 Umwelt- und Tierschutz eingesetzt werden und dabei die regionale Landwirtschaft stärken. Um  
989 den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft gemeinsam mit den Bäuer\*innen voranzutreiben,  
gilt  
990 es, die nationalen Spielräume für die bevorstehende Förderperiode bestmöglich für diese  
991 Ziele zu nutzen. Wir wollen das System der Direktzahlungen schrittweise durch eine

992 Gemeinwohlprämie ablösen, die konsequent gesellschaftliche Leistungen honoriert. Wir setzen  
993 uns für innovative Instrumente der Agrarumweltförderung ein, bei denen Klima- und  
994 Naturschutz sowie agrarökologische Ziele gemeinsam gedacht werden. Bis zum Jahr 2028  
wollen  
995 wir für mindestens die Hälfte der Gelder eine ökologische Zweckbindung erreicht haben.

#### 996 **Pestizide reduzieren**

997 Es gibt viele Gründe, den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft deutlich  
998 herunterzufahren. Der Schutz der menschlichen Gesundheit gehört dazu. Vor allem sind weniger

999 Pestizide der wichtigste Hebel, um den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen. Wir wollen den  
1000 Ausstieg aus der Pestizidabhängigkeit unserer Landwirtschaft schnell und machbar gestalten:  
1001 durch eine systematische Pestizidreduktionsstrategie, ein Sofortverbot für besonders  
1002 umwelttoxische Wirkstoffe und das immer noch häufig eingesetzte Pestizid Glyphosat. Um den  
1003 Einsatz von Pestiziden insgesamt zu reduzieren, führen wir eine Pestizidabgabe ein. Um  
1004 wirksamen Artenschutz zu betreiben und unser Trinkwasser zu schützen, wollen wir die  
1005 Ausbringung von Pestiziden in Naturschutzgebieten und Trinkwasserschutzgebieten untersagen  
1006 und ein flächendeckendes Pestizidmonitoring einführen. Betroffene Landwirt\*innen werden wir  
1007 bei der Umsetzung finanziell unterstützen. Wir werden außerdem den Export von Pestiziden  
1008 beenden, die in Deutschland oder der EU aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsrisiken nicht  
1009 zugelassen oder verboten sind. Wir wollen die Zulassungsverfahren für Pestizide verbessern,  
1010 indem wir Transparenz und Unabhängigkeit stärken. Für ökologischen Pflanzenschutz werden wir

1011 in Kooperation mit den Ländern ein umfassendes, kombiniertes Forschungs-, Umsetzungs- und  
1012 Beratungsprogramm für nicht chemisch-synthetischen Pflanzenschutz auflegen.

#### 1013 **Vielfältiges Saatgut ohne Patente**

1014 Eine vielfältige, gerechte und nachhaltige Landwirtschaft beginnt beim Saatgut. Angesichts  
1015 der Klima- und Biodiversitätskrise wollen wir die Züchtung von robusten Sorten und die  
1016 Forschung für ökologisches Saatgut vorantreiben sowie die Forschung zu alternativen Ansätzen  
1017 stärken, die auf traditionelle und ökologische Züchtungsverfahren setzen. Dabei muss wie bei  
1018 jeder Technologie der Umgang mit alten wie neuen gentechnischen Verfahren einerseits die  
1019 Freiheit der Forschung gewährleisten und andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch  
1020 und Umwelt ausschließen. Nicht die Technologie, sondern ihre Chancen, Risiken und Folgen  
1021 stehen im Zentrum. Wir werden daher an einem strengen Zulassungsverfahren und am  
europäisch

1022 verankerten Vorsorgeprinzip festhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender  
1023 wissenschaftlicher Basis und eine Regulierung, die unkontrollierbare Verbreitung  
1024 ausschließt, sowie eine verbindliche Kennzeichnung, die gentechnikfreie Produktion und die  
1025 Wahlfreiheit der Verbraucher\*innen schützt, nötig. Entsprechend braucht es eine Stärkung der  
1026 Risiko- und Nachweisforschung. Wir wollen das Patentrecht so ausrichten, dass es keine  
1027 Patente auf Lebewesen und ihre genetischen Anlagen mehr gibt.

#### 1028 **Gerechte Einkommen und Arbeitsbedingungen für Bäuer\*innen**

1029 Bäuer\*innen müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir wollen daher gegen Dumpingpreise,  
den

1030 Verkauf von Lebensmitteln unter Erzeugerpreis und Konzentration in der Lebensmittelbranche

1031 vorgehen und dazu die Möglichkeiten des Wettbewerbs- und Kartellrechts sowie der EU-  
 1032 Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken nutzen. Wir wollen Junglandwirt\*innen und  
 1033 Neueinsteiger\*innen unterstützen und Maßnahmen gegen Bodenspekulation und den  
 Ausverkauf

1034 ländlicher Fläche ergreifen. Dazu gehört, dass künftig die Flächen der bundeseigenen  
 1035 Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH nicht mehr privatisiert, sondern vorzugsweise an  
 1036 ortsansässige, bäuerliche Betriebe und Existenzgründer\*innen verpachtet werden, mit dem  
 1037 Ziel, die Flächen klima- und naturfreundlich zu bewirtschaften. Share Deals bei  
 1038 landwirtschaftlichen Betrieben werden wir regulieren, um den Ausverkauf von Boden an  
 1039 außerlandwirtschaftliche Investoren zu unterbinden. Auch in der Lebensmittelerzeugung und -  
 1040 verarbeitung müssen faire Bedingungen herrschen. Ein besserer Arbeits- und  
 Gesundheitsschutz

1041 für Beschäftigte in Landwirtschaft und Fleischindustrie sind ebenso notwendig wie mehr  
 1042 Rechte für die Arbeitnehmer\*innen, tarifliche Löhne und starke Gewerkschaften. In der  
 1043 Saisonarbeit gibt es zu viel prekäre Beschäftigung ohne Sozialversicherungsschutz. Hier  
 1044 trifft häufig körperlich schwere Arbeit auf karge Löhne und schlechte Unterkünfte. Diese  
 1045 sozialen Ungerechtigkeiten wollen wir beenden.

#### 1046 **Regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung stärken**

1047 Der Wunsch, wieder mehr regional und handwerklich erzeugte Lebensmittel zu kaufen, in der  
 1048 Bäckerei, der Metzgerei, auf dem Bauernhof, wächst stetig. Gleichzeitig hat uns die Corona-  
 1049 Krise vor Augen geführt, wie wichtig regional funktionierende Lieferketten sind. Wir wollen  
 1050 die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärken und so dem Betriebsterben  
 der

1051 letzten Jahre entgegentreten. Dazu gehören auch faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber  
 1052 importierten Lebensmitteln. In öffentlichen Einrichtungen wollen wir verstärkt regionale und  
 1053 ökologische Produkte, auch Umstellungsware, einsetzen – so schaffen wir Nachfrage und faire  
 1054 Preise. Wir unterstützen Regionalsiegel und Direktvermarktungen der Betriebe durch lokale  
 1055 Einkaufs-Apps und Regionalwerbung und sorgen mit einer klaren Definition von regionalen  
 1056 Produkten für Schutz vor Betrug. Öffentliche Gelder und gezielte Beratung zum Umgang mit  
 1057 Auflagen und Kennzeichnungsvorschriften sollen vorrangig kleinen und mittleren bäuerlichen  
 1058 Betrieben und Handwerker\*innen zugutekommen. Forschung und Beratung zur  
 Regionalvermarktung

1059 und für innovative und partizipative Ansätze wie Erzeuger\*innengemeinschaften, solidarische  
 1060 Landwirtschaft oder Ernährungsräte unterstützen wir.

#### 1061 **Gute Ernährung fördern - Lebensmittel retten**

1062 Gesunde und ökologisch wertvolle Lebensmittel sollen allen Menschen in Deutschland leicht  
 1063 zugänglich sein, gesunde Ernährung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Ernährungsbedingte  
 1064 Krankheiten wollen wir gezielt eindämmen. Deshalb werden wir umsteuern und viele  
 1065 Stellschrauben neu justieren – sich gut und gesund zu ernähren, muss einfacher werden.  
 1066 Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Mensen und Kantinen unterstützen wir dabei, mehr

1067 gesundes regionales und ökologisch erzeugtes Essen anzubieten; auch vollwertiges  
 1068 vegetarisches und veganes Essen soll zum täglichen Angebot gehören. Gutes Essen scheidert  
 1069 allzu oft an unzureichendem Angebot und mangelnder Transparenz. Um das zu ändern, nehmen  
 wir

1070 die Lebensmittelindustrie in die Pflicht. Wir brauchen verbindliche Reduktionsstrategien  
 1071 gegen zu viel Zucker, Salz, Fett und Zusatzstoffe in Fertiglebensmitteln und ökonomische  
 1072 Anreize für gesündere Produkte. Für Lebensmittelwerbung, die sich an Kinder richtet, wollen  
 1073 wir klare Regeln, die sich an den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation orientieren.  
 1074 Umweltgerechte Ernährung gehört in die Lehrpläne aller relevanten Ausbildungsbereiche. Auch  
 1075 die Ernährungspolitik muss sich an den Pariser Klimaschutzziele ausrichten. Klimaschutz  
 1076 heißt auch, dass wir als Gesellschaft weniger tierische Produkte produzieren und konsumieren  
 1077 werden. Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver und zugänglich für alle  
 1078 Menschen machen. Die Markteinführung von pflanzlichen Alternativen und  
 1079 Fleischersatzprodukten wollen wir fördern und sie steuerlich besserstellen. So sollen  
 1080 pflanzliche Milchalternativen mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz verkauft werden. Auch  
 1081 für fair gehandelten Kaffee wollen wir die Steuer runtersetzen. Insgesamt wollen wir die  
 1082 Forderung der EU-Kommission, Umweltfolgekosten auch im Lebensmittelbereich steuerlich zu  
 1083 berücksichtigen, mit einer ökologischen Steuerreform aufgreifen, damit sich auch bei  
 1084 pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln der Preis ökologisch und sozial gerecht darstellt.  
 1085 Gegen die Lebensmittelverschwendung gehen wir entschlossen vor. Wir wollen mit einem  
 Rettet-  
 1086 die-Lebensmittel-Gesetz verbindliche Reduktionsziele einführen, Lebensmittelhandel und  
 1087 -produzent\*innen verpflichten, genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben, statt sie  
 1088 wegzuworfen. Lebensmittel aus dem Müll zu retten – das sogenannte Containern – muss  
 1089 entkriminalisiert werden.

#### 1090 **Klare Lebensmittelkennzeichnung**

1091 Gutes, nachhaltiges und gesundes Essen soll leicht zu erkennen sein. Mit verständlichen  
 1092 Informationen über Zutaten, Herkunft, Herstellung und zum ökologischen Fußabdruck wollen wir  
 1093 für die nötige Transparenz sorgen. Wir werden eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung  
 1094 mit anspruchsvollen Kriterien für Fleisch und andere Lebensmittel aus oder mit tierischen  
 1095 Bestandteilen einführen und uns dafür einsetzen, dass dies auch EU-weit verbindlich wird.  
 1096 Dabei soll der Weiterentwicklung von Tierschutzstandards Rechnung getragen werden. Die  
 1097 Nährwertkennzeichnung Nutriscore wollen wir weiterentwickeln und EU-weit für alle  
 1098 Fertigprodukte anwenden. Außerdem wollen wir die Transparenz über die Herkunft von  
 1099 Lebensmitteln verbessern. Enthaltene Allergene sollen besser gekennzeichnet werden. Zur  
 1100 einheitlichen Kennzeichnung von vegetarischen und veganen Lebensmitteln brauchen wir eine  
 1101 EU-weite rechtsverbindliche Definition von „vegetarisch“ und „vegan“. Transparenz muss auch  
 1102 bei der Lebensmittelhygiene gelten, deshalb sollen die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen  
 1103 für alle erkennbar sein.

#### 1104 **Wir ermöglichen Tieren ein besseres Leben**

##### 1105 **Tierhaltung mit mehr Platz für weniger Tiere**

1106 Das System des „Immer billiger, immer mehr“ hat die Landwirtschaft in einen Teufelskreis  
 1107 getrieben: Bäuer\*innen werden von Dumpingpreisen erdrückt und müssen immer mehr  
 produzieren,  
 1108 um zu überleben, die Tiere werden immer mehr auf Leistung gezüchtet und leben immer kürzer,  
 1109 die ökologischen und gesellschaftlichen Probleme wachsen. Industrielle Massentierhaltung und

1110 Billigfleischexport in alle Welt sind mit einer klimagerechten Zukunft nicht vereinbar. Es  
 1111 braucht einen Ausweg. Ein Teil der Lösung ist, dass deutlich weniger Tiere gehalten werden  
 1112 als bisher und diesen Tieren ein wesentlich besseres Leben ermöglicht wird. Tiere brauchen  
 1113 mehr Platz, Auslauf im Freien und Beschäftigung – das wollen wir artspezifisch verbindlich  
 1114 regeln und uns auch auf EU-Ebene für eine deutliche Anhebung der Tierschutzstandards  
 1115 einsetzen. Damit Tierschutz wirtschaftlich machbar ist, wollen wir die Landwirt\*innen  
 1116 unterstützen: durch eine Umbauförderung, die durch einen Tierschutz-Cent auf tierische  
 1117 Produkte finanziert wird, durch faire Preise und durch eine verpflichtende  
 1118 Haltungskennzeichnung für tierische Produkte. Die Tierhaltung soll so an die Fläche und an  
 1119 Obergrenzen pro Stall gebunden werden, dass eine umwelt- und tiergerechte Bewirtschaftung  
 1120 gewährleistet ist. Den tiergerechten und brandsicheren Umbau von Ställen werden wir zum  
 1121 Standard machen, an den sich alle halten müssen. Das werden wir ebenso gezielt fördern wie  
 1122 die Weidetierhaltung, die ökologisch wertvolles Grünland erhält und sinnvoll nutzt. Ställe,  
 1123 in denen Tiere nicht zumindest entsprechend der EU-Ökoverordnung gehalten werden können,  
 1124 sollen nicht mehr gebaut werden. Statt tierquälerische Züchtung auf Hochleistung wollen wir  
 1125 robuste Rassen und Zweinutzungsrasen fördern. Amputationen, Eingriffe ohne Betäubung und  
 1126 qualvolle Betäubungsmethoden sowie Käfig- und Anbindehaltung wollen wir beenden. Den  
 Einsatz  
 1127 von Antibiotika in der landwirtschaftlichen Tierhaltung werden wir deutlich senken. Um diese  
 1128 Medikamente gezielt einzusetzen und Resistenzen zu vermeiden, sollen vorrangig kranke  
 1129 Einzeltiere behandelt werden. Reserveantibiotika sollen der Humanmedizin vorbehalten werden.

1130 Um Lebendtiertransporte zu vermeiden, ziehen wir die regionale und mobile Schlachtung dem  
 1131 Schlachten im zentralen Schlachthof vor und werden diese fördern. Wir wollen Tiertransporte  
 1132 auf vier Stunden begrenzen und besser kontrollieren, Lebendtiertransporte in Drittstaaten  
 1133 außerhalb der EU sollen ganz verboten werden.

#### 1134 **Tiere schützen und respektieren**

1135 Tiere sind fühlende Lebewesen und brauchen Schutz, deshalb werden wir die gesetzlichen  
 1136 Regelungen zur Tierhaltung verbessern. Für alle Tiere, die wir Menschen halten, haben wir  
 1137 eine besondere Verantwortung. Wir wollen ihnen ein würdevolles, gutes und gesundes Leben  
 1138 frei von Schmerzen, Angst und Stress ermöglichen. Dafür gilt es, wirkungsvolle Sanktionen  
 1139 bei Tierschutzvergehen im Tierschutz- und Strafrecht zu verankern und gemeinsam mit den  
 1140 Ländern und Kommunen auf einen effektiven Vollzug hinzuwirken. Wir werden ein umfassendes  
 1141 Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einführen. Die anerkannten  
 1142 Tierschutzorganisationen und ein\*e unabhängige\*r Bundestierschutzbeauftragte\*r sollen  
 1143 Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte wahrnehmen und Rechtsverstöße beanstanden können.

Der

1144 oder die Tierschutzbeauftragte soll zudem die zuständigen Bundesbehörden unterstützen sowie  
 1145 bei Gesetzesvorhaben und Tierschutzangelegenheiten beteiligt werden. Wir wollen bessere  
 1146 Regeln für Zucht, Haltung und Handel mit Tieren. Die Haltung von Wildtieren in Zirkussen  
 1147 werden wir beenden. Wir streben die weitere konsequente Reduktion von Tierversuchen in der  
 1148 Wissenschaft an und wollen sie mit einer klaren Ausstiegsstrategie und innovativen  
 1149 Forschungsmethoden schnellstmöglich ersetzen. Dafür arbeiten wir mit allen beteiligten  
 1150 Akteur\*innen an einer zukunftsorientierten tierfreien Forschung, fördern Investitionen in  
 1151 tierfreie Innovationen sowie die Weiterentwicklung von verbesserten Medikamenten- und

1152 Sicherheitsprüfungen und beschleunigen die Zulassung tierversuchsfreier Verfahren. Die EU-  
1153 Vorgaben für Tierversuche werden wir endlich in deutsches Recht umsetzen.

#### 1154 **Wildtierhandel an die Leine legen**

1155 Die Covid-19-Pandemie hat deutlich gemacht, dass die Gesundheit von Umwelt, Tier und  
Mensch

1156 zusammengedacht werden und dieser Planetary-Health-Ansatz zum Prinzip unseres Handelns  
1157 werden muss. Der Raubbau an der Natur hat keine Zukunft. Die Pandemie basiert auf einer  
1158 Zoonose, einer vom Tier auf den Menschen übertragenen Infektionskrankheit. Solche  
1159 Krankheiten werden immer häufiger, sie werden durch die fortschreitende Zerstörung der Natur  
1160 und das Vordringen der Menschen in die letzten natürlichen Lebensräume begünstigt. Dem gilt  
1161 es überall auf der Welt entgegenzuwirken. Wildtiere gehören in die Wildnis, der Handel mit  
1162 ihnen muss strenger reguliert, existierende Regularien müssen konsequent umgesetzt werden.  
1163 In den Herkunftsländern müssen wirtschaftliche Alternativen aufgebaut werden. Wildtierhandel  
1164 auf Online-Portalen und gewerblichen Börsen sowie kommerzielle Importe von Wildfängen und  
1165 die Einfuhr von Jagdtrophäen müssen ganz verboten werden. Die Haltung von Tieren aus  
1166 Wildtiernachzuchten sollte an eine Positivliste und einen Sachkundenachweis geknüpft werden,  
1167 der sich an der Schwierigkeit der Haltung der jeweiligen Tierart bemisst. Auch die  
1168 industrielle Tierhaltung kann zu Pandemien beitragen, wie sich an coronainfizierten Nerzen  
1169 gezeigt hat. Die Tierhaltung ist deshalb auch an den Notwendigkeiten zur Eindämmung  
1170 möglicher Zoonosen auszurichten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Haltung von Tieren  
1171 in und der Handel mit Pelzen aus Pelztierfarmen beendet werden.